Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Web der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Ausgabe wöchentlich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 68. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Dönhoff 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe — 76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen. Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz- Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg. für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez Münster u. bei Gratisch. Beilagen 11 Pfg. aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg.. kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Dienstag, den 20. Dezember 1927 — Nummer 1314

Zum Verwaltungsreformprogramm.

s **Berlin**, 19. Dez. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Nachdem schon die Regierungen ein großzügiges Verwaltungsreformprogramm angekündigt hatten und die Vorbereitungen für die demnächst stattfindende Ministerpräsidenten-Konferenz der Länder mit der Reichsregierung in vollem Umfange stattfinden, hat sich nun auch die Wirtschaft zu dieser Frage gemeldet und zwar, wie man aus ihren gemeinsamen Kundgebungen entnehmen kann, gerade auf Grund des Parker Gilbertschen Memorandums und des Reparations-Jahresberichts. Auch die Regierungsparteien haben, wie aus ihrer Entschließung bei der dritten Lesung der Beamtenbesoldung im Reichstag hervorgeht, die Initiative zu dem Anfang eines Verwaltungsprogramms ergriffen. So erfreulich diese Schritte sind, so schwierig ist aber auch das Problem das hier verarbeitet wird, denn neben einer großzügigen Reform in Reich und Gliedern des Reiches, so muß immerhin der föderative Charakter in seinen Grundzügen gewahrt bleiben. Hier den Mittelweg zu finden, wird zunächst Aufgabe der Reichsregierung und der Ministerpräsidenten der Länder sein.

Ob diese Konferenz mit den Ministerpräsidenten am 16. oder 17. Januar stattfinden kann, steht noch nicht fest, da sich der Zeitpunkt vielleicht wegen der schwierigen Vorarbeit um Wochen verzögern kann. Besonders umfangreich und wichtig sind die Vorarbeiten, die sich auf „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzpolitik" beziehen. Auf diesem Gebiet wird den Ministern eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet werde. Aufgabe der Minister wird es sein, unter den Vorschlägen diejenigen zu bezeichnen, die sie für praktisch durchführbar halten und deren Verwirklichung sich nicht die geringsten Hindernisse entgegenstellen. Das ganze umfangreiche Gebiet wird dem „Berliner Tageblatt" zufolge in drei Abschnitte gegliedert: 1. und 2. Einnahme- und Ausgabebeschränkungen der gesetzgeberischen Körperschaften und 3. finanzielle Selbstbeschränkungen der Regierungen. Bei der Einnahmebeschränkung steht der Gedanke im Vordergrunde, durch weitere Steuersenkungen den Ausgabenrahmen an und für sich etwas enger zu spannen.

Entsprechende Rücksicht auf reparationspolitische Verpflichtungen dürfen natürlich nicht außer acht gelassen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Überweisungen aus dem Finanzausgleich an die Länder eine natürliche Senkung erfahren werden in Zeitläufen sinkender Wirtschaftskonjunktur und daß es daher einer besonderen Finanzpolitik durchaus entspricht, wenn Reich, Länder und Gemeinden sich so einrichten, daß sie ohne Erschütterungen durch ungünstige Finanzperioden durchhalten.

Was nun die eigene Steuerpolitik der Länder und Kommunen betrifft, so läßt man den Gedanken durchblicken, durch reichsgesetzliche Maßnahmen bestimmte Beschränkungen zu treffen, die die Bewilligungsfreudigkeit der Länder und Kommunalparlamente einengen.

Der Gedanke der Ausgabenbeschränkung soll dadurch seine Verwirklichung finden, daß die Parlamente sich selbst Beschränkungen unterwerfen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird angeregt, daß zu allen Mehrausgaben über Regierungsvorschläge hinaus ein eigenes Gesetz mit Ausgabendeckung notwendig ist, wobei die Frage offen gelassen wird, ob ein derartiges Gesetz mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit beschlossen werden soll. Die Ministerpräsidenten werden sich auch mit allen Arten von Einführungerechten zu befassen haben, die dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung, dem Finanzminister, dem Präsidenten des Rechnungshofes oder einem Kollegium von Parlamentariern übertragen werden könnten.

Auch die finanzielle Selbstbeschränkung der Regierung soll in der Konferenz der Ministerpräsidenten besprochen werden. Dabei denkt man daran, die Ausgabeposten des Etats in den korrespondierenden Ausgaben des laufenden oder vergangenen Etatsjahres etwa in der Form zu finden, daß von großen Ausgaben abgesehen, die Steigerung über ein bestimmtes Maß nicht hinausgehen darf.

Die Beratungen des Strafrechtsausschusses

tu **Berlin**, 19. Dez. Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform begann heute die Beratung des letzten Abschnitts des neuen Strafgesetzbuches über die Verjährungsbestimmungen. Der Entwurf hat den Satz an die Spitze gestellt, daß durch Verjährung die Strafbarkeit der Tat erlischt, und bestimmt weiter, daß mit rechtskräftiger Verurteilung nicht eine neue Verjährung, sondern nur eine neue Verjährungsfrist einsetzt. Beseitigt wird die bisherige Bestimmung, daß sowohl die Verfolgungs- als auch die Vollstreckungsverjährung durch behördliche Handlungen mit der Wirkung unterbrochen werden kann, daß die Unterbrechung eine neue Verjährung gleichen Zeitmaßes eröffnet. Der Begriff der Verjährungsunterbrechung wird nach dem Entwurf künftig aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und es sollen Ersatzvorschriften dafür eingesetzt werden, die sich dem Wesen der Einrichtung besser anpassen. Im Gegensatz zum vorigen Entwurf sieht der jetzige Entwurf als Ersatzmaßnahme die Verlängerung der Verjährungsfrist vor, die durch Gerichtsbeschluß verfügt werden kann. Die Mindestverjährungsfrist für Vergehen wird von drei auf zwei Jahre herabgesetzt. Die Vollstreckungsverjährung ist vereinfacht worden. Sie richtet sich nur noch nach der Dauer, nicht nach Strafart und Dauer. Der zweite Absatz des § 81, der das Ruhen der Verjährungsfrist behandelt, wurde einem Unterausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Bei dem § 79 wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen, der dem Paragraphen folgende Fassung gibt:

„Die Strafbarkeit einer Tat erlischt durch Verjährung; die Verjährungsfrist beträgt:

1. 30 Jahre bei Verbrechen, die mit Todesstrafe oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedroht sind,
2. 20 Jahre bei Verbrechen, die mit Freiheitsstrafe von mehr als 10 Jahren bedroht sind.
3. 10 Jahre bei den übrigen Verbrechen,
4. 5 Jahre bei Vergehen, die mit Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr bedroht sind
5. 2 Jahre bei den übrigen Vergehen.

Die Frist richtet sich nach der ordentlichen Strafe ohne Rücksicht auf die Verschärfungen und Milderungen, die der allgemeine Teil vorsieht.

§ 80, der den Beginn der Verjährung bestimmt, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen, ebenso der erste Absatz des § 81, der voraussetzt, daß der staatliche Strafanspruch an sich entstanden und nur seine prozessuale Feststellung behindert ist, wobei die begonnene Verjährung für die Zeit der Behinderung ruht. Gestrichen wurde § 82, der dem Gericht die Möglichkeit gab, die Verjährungsfrist auf Antrag der Strafverfolgungsbehörde zu verlängern, wenn es die besonderen Umstände des Falles geboten.

§ 83, der die Verjährung von Strafen behandelt, wurde betreffs seiner Fristen entsprechend dem § 79 abgeändert § 84, der über das Ruhen der Vollstreckungsverjährung Bestimmungen trifft, wurde nach der Regierungsvorlage angenommen. § 85 wurde gestrichen; er sollte die Vollstreckungsbehörden ermächtigen, die Verjährungsfrist in besonderen Fällen zu verlängern.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Dr. Kahl (DV.) teilte mit daß die Mitglieder der Strafrechtskommission des österreichischen Nationalrates am 14. Januar nächsten Jahres nach Berlin kommen werden, um mit den Kommissionsmitgliedern des Strafrechtsausschusses des Reichstages wegen der Fassung des allgemeinen Teiles des neuen Strafrechtes Fühlung zu nehmen.

Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Ein Notprogramm der deutschen Wirtschaftsverbände.

Vorschläge an die Reichsregierung — Einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik. — Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung.

tu **Berlin**, 19. Dez. Der Reichsverband der deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels, sowie vier weitere Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben im Interesse der sofortigen Durchführung eines Notprogramms zur Verbesserung der finanzpolitischen Lage eine Kundgebung veröffentlicht, die eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Erzielung einer größeren Sparsamkeit enthält. Es wird darauf hingewiesen, daß wir zur Hebung der Lebenshaltung der Bevölkerung eine stetige Entwickelung von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft brauchen. Deshalb müsse alles vermieden werden, was die Kosten der Warenerzeugung erhöhe und die Bildung neuen Kapitals behindere. Eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik sei notwendig um in allen Teilen des Reiches zu einem gesunden und nach den Grundsätzen sparsamster Wirtschaftsführung geleiteten öffentlichen Finanzwesen zu kommen. Aber eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik erfordere eine Stärkung der Befugnisse der Reichsregierung. Die finanzpolitische Lage des Reiches verlange die sofortige Durchführung eines Notprogramms, für das folgende Vorschläge zu machen seien:

1. Das wichtigste Ziel aller finanziellen Maßnahmen müsse darin bestehen, die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden erheblich zu kürzen;

2. Dem Reichsfinanzminister müsse gegenüber dem Reichstag das Recht des Einspruches gegen Erhöhung der Ansätze des von der Regierung vorgelegten Etatsvoranschlags, sowie gegen Beschlüsse mit nachträglichen Mehrausgaben eingeräumt werden;

3. Die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände müßten mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage zu geben;

4. Dem Reichsfinanzminister müsse unter der Voraussetzung daß der Haushaltsplan eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Finanzpolitik des Reiches verletzt, das Recht gewährt werden, gegen die Vorlegung des Haushaltsplanes an den Landtag und gegen den Vollzug eines gegenüber dem Voranschlag erhöhten Haushaltsplanes Einspruch zu erheben;

5. Die seit langem von der Wirtschaft geforderte Verwaltungsreform müsse mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden. Zu der Durchführung der im Reichstag angenommenen Entschließung, jede dritte freiwerdende Stelle nicht zu besetzen, sei eine Anordnung erforderlich, daß bis zur Erledigung der Verwaltungsreform die Einstellung neuer Anwärter gehemmt wird.

Im letzten Punkt wird die Erweiterung der Befugnisse des Reichssparkommissars verlangt.

„Wir sind uns darüber klar, so schließt die Kundgebung, daß mit unseren Vorschlägen einschneidende Maßnahmen verbunden sind. Es kann nicht verantwortet werden, daß ein Mangel an finanzieller Mäßigung seitens der öffentlichen Gewalten die Durchführung richtiger Grundsätze unmöglich macht. Die Reichsregierung soll und muß die Verantwortung für die finanzpolitische Führung tragen."

Ausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Berlin, 17. Dez. Die Tagesordnung der gestern abgehaltenen Ausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie enthielt auch Referate des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und des Geheimrats Kastl, der über Zusammenhänge zwischen Reparationspolitik und Finanzpolitik sprach. In dem offiziellen Kommuniqué sind diese beiden Referate nicht berücksichtigt.

Der Reichsbankpräsident betonte in der Frage der Bartransferierung, daß eine weitere Durchführung dieses Teiles des Transfers auf dem Wege über die Auslandsanleihen nicht mehr in Frage komme. Nach dem Dawesplan dürfe ein Bartransfer nur so weit durchgeführt werden, als er aus den Überschüssen der deutschen Wirtschaft ohne Gefährdung der deutschen Währung möglich sei. Die bisherige Erfüllung des Bartransfers auf dem Wege über die Auslandsanleihen sei also eine freiwillige Leistung, zu der Deutschland nicht verpflichtet sei. Zur Frage des Geldbedarfs zur Durchführung der Rationalisierung der deutschen Industrie äußerte sich der Reichsbankpräsident dahingehend, daß dieser Bedarf nicht mehr als sehr hoch anzusehen sei; dagegen seien größere Mittel für die Landwirtschaft erforderlich. Es sei demnach berechtigt, die Ringen der ausländischen Kapitalzufuhr zu beschränken und die Dawesverpflichtungen bis zur endgültigen Revision des Planes auf dem Weg der inneren Unterbringung und durch Bartransfer nur in dem Ausmaß zu erfüllen, als dies aus den Überschüssen der Wirtschaft möglich sei. Die Erfahrungen der ersten vier Jahre des Dawesplanes würden Veranlassung geben, über seine Revision mit den Gläubigerstaaten zu verhandeln, und diese Verhandlungen erfolgreich zu führen.

Geheimrat Kastl ging ein auf die Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplanes, die auch für die innere Aufbringung der Daweszahlungen von Bedeutung seien. Auch er betonte, daß der Bartransfer der letzten Jahre nur auf dem Wege über die Auslandsanleihen ermöglicht worden sei, ein Zustand, der sich auf die Dauer nicht halten lasse. Die Aufnahme weiterer Auslandsanleihen sei aber notwendig, um den Effekt der deutschen Wirtschaft zur höchsten Produktivität zu steigern. Eine Umstellung der Zollpolitik der Gläubigerstaaten sei ebenfalls vonnöten, da die Möglichkeit des Bartransfers abhänge von der Aufnahmewilligkeit des Auslandes für deutsche Waren. Andernfalls müßten sich die Gläubigerländer mit den Beiträgen zufriedenstellen, die nur aus der inneren Aufbringung sich ergeben.

Geheimrat Kastl gab dann bekannt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie dem Reichskanzler den Wunsch der Wirtschaft auf Durchführung eines Notprogramms übermittelt habe. (Den Inhalt dieses Notprogramms haben wir oben veröffentlicht. D. Red.

Zum Bericht des Reparationsagenten.

Eine offiziöse französische Auslassung.

w **Paris**, 19. Dez. **(Tel.)** Zum Bericht Parker Gilberts veröffentlicht die „Agentur Havas" eine offenbar halbamtliche Erklärung, die wie folgt lautet: „Man hat sich in den letzten Tagen in der ausländischen Presse viel mit der Eventualität der Revision des Dawesplanes beschäftigt. Man hat bemerken können, daß in französischen Zeitungen gebrachte Nachrichten anzukündigen schienen, daß diese Revision zu einem ziemlich nahen Zeitpunkt erfolgen würde, während die in noch präziserer Form abgefaßten Nachrichten aus deutscher Quelle besagten, daß der Dawesplan im Laufe des Jahres schlechthin abgeschafft werden würde und die interessierten Regierungen sich darüber einigen würden, den Betrag der deutschen Gesamtschuld festzusetzen, wobei es Deutschland überlassen bleiben dürfte, die Mittel zur Bezahlung seiner Gläubiger zu wählen. Diese Nachrichten sind nur mit äußerster Reserve aufzunehmen. Es ist anzunehmen, daß der Ministerpräsident demnächst Anlaß nehmen wird, die Stellung der Regierung zur Frage der Reparationszahlungen bekannt zu geben. Jedenfalls ist es gut, nicht aus den Augen zu verlieren, daß die Frage vor allem die zuständigen Regierungen angeht. Man braucht daher keine Verbindung mit den Unterredungen zu erblicken, die der Direktor der Newyorker Federal-Reserve-Bank, Benjamin Strong, mit dem Direktor der Bank von England, Montagu Norman und mit den Leitern des französischen Emissionsinstituts gehabt hat oder haben wird, und darin Entscheidungen zu erblicken, die hinsichtlich der Ausführungen des Dawesplanes getroffen werden könnten.

Amerikanische Pressestimmen.

Newyork, 19. Dez. Sämtliche amerikanischen Zeitungen besprechen den Bericht Parker Gilberts in ihren Leitartikeln, gehen aber mit Ausnahme der demokratischen „World" der Frage der Verquickung des Reparationsproblems mit der Frage der interalliierten Schulden peinlichst aus dem Wege, was zu erwarten war, da ja die republikanische Partei eine derartige Verquickung auf das Bestimmteste ablehnt. Die „Newyork Times" legen das Hauptgewicht auf die Feststellungen Gilberts, daß die Reparationssumme endgültig bestimmt werden müsse und daß Deutschland „ohne ausländische Überwachung und Beaufsichtigung" die Reparationen bezahlen solle. Der Reparationsagent denke mit anderen Worten, daß er seines Amtes bald enthoben werden müsse. Gilberts Bericht werde eine Diskussion in dieser Richtung schneller erzwingen als bisher angenommen worden sei. Die profranzösische „Herald Tribune" baut ihren ganzen Artikel auf dem angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands auf und schließt mit der Feststellung, daß Deutschland die Reparationslasten getrost tragen könne. Die demokratische „World" erklärt, daß es ganz gleichgültig sei, ob Gilbert an die interalliierten Schulden gedacht habe als er den Reparationsbericht verfaßte. Die interalliierten Schulden seien von den Reparationen nun einmal nicht zu trennen, eine Tatsache, welcher die amerikanische Regierung aus dem Wege zu gehen versucht habe. Die Wiederaufrollung der Frage der interalliierten Schulden sei von nicht geringerer Wahrscheinlichkeit, als eine eventuelle Revision des Dawesplanes.

Zum Konflikt im niederschlesischen Kohlenrevier.

Die Arbeitnehmerverbände lehnen den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nehmen an.

tu **Berlin** 19. Dez. Wie ein Abendblatt aus Waldenburg meldet, nahmen gestern sowohl die Arbeitnehmer- wie auch die Arbeitgeberverbände im niederschlesischen Kohlenrevier zu dem am Samstag gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Arbeitnehmerverbände lehnten den Schiedsspruch ab, die Arbeitgeber nahmen ihn trotz schwerer Bedenken an. Heute finden die Nachverhandlungen statt, in denen aller Voraussicht nach der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden wird. Damit dürfte alle Streikgefahr im niederschlesischen Kohlenrevier beendet sein.

Der Schiedsspruch für den niederschlesischen Bergbau verbindlich erklärt.

w **Berlin**, 19. Dez. **(Tel.)** Der zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im niederschlesischen Bergbau am 17. ds. Mts. gefällte Schiedsspruch ist heute vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Einigung in den Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

tu **Berlin** 19. Dez. **(Tel)** Die Verhandlungen der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit den am Lohntarifvertrag beteiligten Tarifgewerkschaften in der Frage der Erhöhung der Ortslohnzulagen haben heute zu einer vollen Einigung geführt. Es handelt sich um die Erhöhung der Ortslohnzulagen oder die Einführung neuer Ortslohnzulagen mit Rücksicht auf die Angleichung der Löhne der Reichsbahnarbeiter an die Löhne vergleichbarer Industrien. Die Erhöhung der Löhne beträgt im Durchschnitt zwei Reichspfennige für die Stunde. Beteiligt sind an der Erhöhung die Arbeiter in 29 Direktionsbezirken, so beispielsweise die der Dienstorte im Gebiet von Großberlin und Großhamburg, ferner in Sachsen und im West- und Süddeutschen Industriegebiet.

Senator de Jouvenel zur Kriegsschuldfrage

w **Paris**, 18. Dez. Auf einem Bankett der französischen Vereinigung für den Völkerbund hielt Senator Henry de Jouvenel eine Rede, in der er für die Stärkung des Völkerbundes eintrat und ausführte, wenn man vorwärts kommen wolle, so scheine die Kontroverse über die Kriegsverantwortlichkeit kein volles Aktionsmittel zu sein. Aus dieser Debatte ergebe sich aber, daß man jedenfalls sagen könne, daß kein Volk Europas den europäischen Krieg gewollt habe. Man habe Krieg geführt, weil das Kriegssystem bereit gewesen sei, wie es dies immer gewesen sei, und weil das Friedenssystem nicht bereit gewesen sei. Wenn man also heute den Frieden wolle, dann müsse man das Friedensinstrument vorbereiten wie der Völkerbund ein solches darstelle, und nichts könnte dies besser vorbereiten, als ein obligatorischer Schiedsgerichtsvertrag. Deutschland, das diese Notwendigkeit empfunden habe, habe den Weg gezeigt dadurch daß es die Klausel 36 der Statuten des Haager Schiedsgerichtshofes unterzeichnet habe. Er wünsche, daß auf diesem Wege zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit, den die Völker der Welt beschreiten, Frankreich nicht die Rolle des Anführers verliere, die ihm nach seiner Tradition zukomme.

Völkerbund und Weltwirtschaft.

Zur Konferenz des Genfer Wirtschaftskomitees.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

t **Genf**, 15. Dezember.

Um nach den aufregenden Sensationen der Völkerbundsratssitzung für die heute eröffnete Tagung des Genfer Wirtschaftskomitees noch Interesse zu wecken, muß man schon mit der kühnen Behauptung beginnen, daß auf dem Programm dieser verschwiegenen Wirtschafts-Konferenz des Völkerbundes eine Reihe von Problemen steht, die (bei allem Respekt vor Danzig) weitaus wichtiger sind, als der Streit um die Westernplatte oder um den veralteten Schlachtkreuzer Salamis. . . .

Entsprechend der Grundaufgabe des Wirtschaftskomitees, sich „um die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen" zu bemühen, finden die 15 sachverständigen Mitglieder dieser Körperschaft (darunter Trendelenburg und Serruys), dank der vorsorgenden Beschlüsse der Weltwirtschafts-Konferenz auch in ihrer jetzigen Sitzung nicht weniger als 17 komplizierte Fragen auf ihrer Traktandenliste vor — Fragen, deren Lösung für alle wirtschaftlichen Gruppen eventl. von einschneidender Bedeutung sein kann.

Sehr wichtig ist zunächst die in Zusammenarbeit mit dem letzthin neugegründeten „Wirtschaftsrat" zu lösende Frage, wie das Durcheinander der etwas theoretisch abgefaßten Direktiven der Weltwirtschaftskonferenz in ein klares, durchführbares und praktisches Wirtschaftsprogramm verwandelt werden kann. Hier erwächst dem Komitee die dringende Aufgabe, die einzelnen Probleme der Weltwirtschafts-Konferenz-Resolutionen auf eine reale Formel zu bringen, ihre Realisierung zu prüfen, Methoden der schnellen Durchführung zu finden usw., — kurzum, dafür zu sorgen, daß den schönen Worten greifbare Taten folgen.

Wie man weiß, sind im Laufe des letzten Jahres bereits einige der wichtigsten Teilaufgaben der Weltwirtschafts-Konferenz in Angriff genommen worden. Man hat Grundlagen geschaffen, auf denen die eigentliche Lösung aufgebaut werden soll. So haben z. B. die Zollsachverständigen ein Vorprojekt für die Zoll-Nomenklatur ausgearbeitet, ferner ist das für die Beurteilung der Zollpolitik notwendige Material der bestehenden Handelsverträge untersucht worden, man hat weiterhin die Anwendungspraktiken der Meistbegünstigungsklausel studiert und das Problem einheitlicher internationaler Wirtschaftsstatistiken. Alle diese Maßnahmen „scheinen sehr langweilig zu sein — sie sind aber für eine solide Grundlegung der neuen Weltwirtschafts-Organisation unentbehrlich gewesen. Ihre Ergebnisse liegen jetzt dem Wirtschaftskomitee vor, um als Basis für weitere Schritte zu dienen. Weitere „Schritte" dieser Art sind z. B. erstens Angabe der Richtlinien, nach denen der in den Grundlinien vorliegende Rahmen einer internationalen Zollnomenklatur „ausgefüllt" werden muß. 2. Fixierung eines Programms für eine im kommenden Jahre abzuhaltende Konferenz zur Schaffung international einheitlicher Wirtschaftsstatistiken. 3. Prüfung der Möglichkeit, wie die Vielzahl der verschiedenen Typen der Handelsvertrags-Systeme und der Verzollungsmethoden in ein international gleichartiges Handelsvertragsmodell und gleichmäßige Zollpraxis verwandelt werden kann. 4. Untersuchung des sehr heiklen Problems, wie der Mißbrauch der mit der Idee der Meistbegünstigungsklausel getrieben wurde, durch klare Definition und Kontrolle der Meistbegünstigungsklausel gesteuert werden kann. Die umfassende Bedeutung dieses hier kurz umschriebenen Aufgabenkomplexes erhellt wohl am besten daraus, daß alle jene oben benannten Einzelfragen unumgängliche Teilprobleme und Vorstufen einer echten Lösung der europäischen Zollproblematik sind.

In enger, teilweise ergänzender Verbindung mit diesem Aufgabenkreis stehen sodann folgende Programmpunkte: 1. Vorbereitung einer internationalen Konferenz zur Schaffung eines Statuts für die Behandlung fremder Staatsangehöriger und staatsfremder Wirtschaftsbetriebe — ein Problem, das bekanntlich in allen Wirtschaftsverhandlungen (z. B. mit Polen), eine gefährliche Rolle spielt. 2. Vorbereitung einer internationalen Konferenz zur Vereinheitlichung der Scheks und Wechselbriefe bezw. der verschiedenen nationalen Gesetzgebungen in dieser für den Welthandel ungemein wichtigen Materie. 3 Durchführung und Kontrolle der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit und der Konvention zur Vereinfachung der Zollformalitäten. 4. Erlaß von Richtlinien gegen betrügerische Zollmanipulationen (falsche Erklärungen usw.) und Anordnung von Maßnahmen zum Schutze des Käuferpublikums gegen heimliche Warenverschlechterung (Schaffung von Standardartikeln usw.) 5. Publikation der bestehenden und in Zukunft abzuschließenden Handelsverträge.

Neben diesen und einigen weiteren, weniger wichtigeren Fragen, wird das Komitee endlich noch drei größere Sonderprobleme behandeln. Und zwar vor allen Dingen die durch die Handelsverbots-Konferenz wegen zu großer Schwierigkeit offen gelassene Lebensfrage der internationalen Leder- und Viehwirtschaft, wie die gegenwärtig noch bestehenden Ein- und Ausfuhrverbote für Häute und Felle sowie zum Schutze der Tiere usw. abgebaut werden können. Man weiß, daß sich hinter diesen, zum Teil mit sanitären Gründen verhüllten Handelsverboten ein haushoher Protektionismus versteckt und kann gerade von dieser Spezialdebatte interessante Höhepunkte erwarten, die besonders für die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen nicht ohne Bedeutung sein werden.

Das zweite Problem ist wesentlich theoretischer — es bezieht sich auf die Vorbereitung der im Artikel 16 des Paktes gegebenen Möglichkeit einer eventl. Wirtschaftsblockade des Völkerbundes gegen einen Angreifer. In Verbindung mit der durch Finnland angeregten Finanzbeihilfe des Bundes für angegriffene Kleinstaaten und der jetzt ins Rollen gebrachten „Sicherheitsfrage" ordnet sich diese Spezialarbeit des Komitees in den umfassenden Rahmen der möglichen Verteidigungsmaßnahmen des Völkerbundes ein. Was „Wirtschaftsblockade" unter Umständen sein kann, wissen wir leider zur Genüge. Aus letzterem Grunde und weil die Idee der „Blockade" sich sehr eng mit dem englisch-amerikanischen Streit um das neue Seerecht und die Freiheit der Meere berührt, wird man der Diskussion schon ein gewisse Aufmerksamkeit schenken müssen.

Den Beschluß des Programms macht ein Punkt, der eigentlich das Grundthema aller Wirtschaftspolitik ist: der Kampf gegen die Wirtschaftskrisen. Das Komitee hat für dieses Übel der Wirtschaft bekanntlich eine Unterkommission eingesetzt, die mit den Fragen der Wirtschaftsstörung durch künstliche Kriegsindustrien, Schaffung übermäßiger Zollschranken, Züchtung von Spezialfabriken im Schutze der Zollmauern, Instabilität der Währungen, übertriebene Handels- und Zwischenhandels-Gewinne usw., sowie mit dem Studium der Preisschwankungen beauftragt worden war. Diese interessante Kommission hat mittlerweile ihre Arbeit abgeschlossen und soviel Material gesammelt, daß eventl. Maßnahmen zum Kampf gegen einige Krisenauswüchse erwogen werden können.

Daß das Wirtschaftskomitee in seinen 7 Arbeitstagen trotz der Kapazität seiner Mitglieder nur einen Bruchteil der hier bedeuteten Aufgaben behandeln und nur einen Bruchteil des Bruchteils verwirklichen kann — braucht keines langen Hinweises. Das Komitee kann nur anregen, kontrollieren, Impulse geben Schon diese Aktivität ist wertvoll — und weil sie unter hoher Verantwortung geschieht nicht ganz so leicht, wie die ungeduldigen Kritiker es meinen.

Dr. Benesch für Frieden und Verständigung.

w **Prag**, 18. Dez. Die tschechoslowakische Legionärgemeinde veranstaltete heute unter dem Protektorat des Außenministers Dr. Benesch und des Ministers für Nationalverteidigung, Udrzal, anläßlich des 10. Jahrestages des Dekretes der französischen Regierung betreffend die Errichtung der tschechoslowakischen Armee als eines Teiles der alliierten Truppen, eine Erinnerungsfeier, an welcher außer dem Präsidenten der Republik die diplomatischen Vertreter der befreundeten Staaten und Vertreter der Zivil- und Militärbehörden teilnahmen. Dr. Benesch sagte in seiner Festrede u. a.:

Heute müssen und wollen wir mit allen zusammenarbeiten, mit denen wir im Vorkriegseuropa oft in Konflikt gelebt haben. Wir wollen heute Ruhe und Arbeit, Verständigung und Versöhnung, gegenseitige Achtung und Anerkennung. Das fühlen heute die Frontkämpfer in Frankreich wie in Deutschland, in England wie bei uns. So denken auch unsere Legionäre. Heute arbeiten wir mit allen zusammen an dem Aufbau eines neuen Europa. So arbeiten wir seit neun Jahren zusammen mit Frankreich und den übrigen Staaten im Geiste der allereuropäischen Solidarität. So haben wir uns in Locarno mit Deutschland verständigt und so hoffen wir uns morgen mit Ungarn zu verständigen. So arbeiten wir auch in der Innenpolitik für die Zusammenarbeit und das Einvernehmen mit den Deutschen und Ungarn, indem wir unserem Siege den Ausdruck geben wollen, den er tatsächlich haben soll, nämlich den Ausdruck des Triumphs, der Ideen, der Gerechtigkeit und Freiheit. Der französische Gesandte in Prag erklärte: Wir wünschen, daß die gemeinsame Freundschaft zwischen der tschechischen und der französischen Nation, die durch Blut geweiht wurde, niemals mehr in der gleichen Weise geprüft werde. Seien sie aber versichert, daß sie, wenn sie durch ein unglückliches Zusammentreffen von Umständen einer neuen Prüfung unterworfen werden müßte, diese ebenso wie in der Vergangenheit bestehen würde.

Die russische Opposition endgültig mundtot gemacht.

⊕ **Kowno**, 19. Dez. Nach Berichten aus Moskau hat der Präsident der Zentralkommission im Zusammengang mit dem Ausschluß der Opposition aus der Partei diesen Ausschuß als vollkommen bedingungslos bezeichnet. Die Opposition sei also nicht etwa zeitweilig, sondern für immer ausgeschlossen. Damit habe die Opposition amtlich aufgehört zu bestehen. In Zukunft würden die Kampfmaßnahmen der Opposition als gegenrevolutionäre Bewegung angesehen werden.

Die „Prawda" bezeichnet in einem Leitartikel den Ausschluß der Opposition als den ersten Schritt zur Vereinheitlichung der Partei. Man dürfe sich nicht auf halbe Maßnahmen beschränken, sondern müsse alles tun, um die Partei zur Einigkeit zu bringen.

Deutsches Reich.

Das Übereinkommen über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen vor dem Auswärtigen Ausschuß.

⊕ **Berlin**, 19. Dez. In der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde u. a. auch der Gesetzentwurf über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen behandelt. Hierzu führte Gesandter Dr. Seliger als Vertreter der Reichsregierung aus, daß das Übereinkommen, das bereits vor mehreren Jahren in Genf beschlossen sei, in einen Manteltarif, der lediglich Bestimmungen formal rechtlicher Natur enthalte und in ein Statut zerfalle, das einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages bilde und in dem die materiell-rechtlichen Vorschriften zusammengefaßt seien. Das Übereinkommen sei aufgebaut auf drei Hauptgrundsätzen: 1. der gleichen Behandlung der Schiffahrt, 2. der Gegenseitigkeit, 3. der Gleichstellung der Häfen in Zollfragen mit anderen Zollgrenzen.

In der Aussprache kam sowohl von seiten der Reichsregierung wie von Mitgliedern des Ausschusses zum Ausdruck, daß der Wunsch nach einer möglichst freiheitlichen Gestaltung der Beziehungen der Seeschiffahrt allerdings im Statut in mancher Hinsicht nicht verwirklicht worden sei. Insbesondere seien die deutschen Wünsche in dieser Beziehung nicht durchweg befriedigt worden. Das Statut weise große Lücken auf, die die Wirkung des Abkommens wesentlich beeinträchtigten. Hierzu gehörten vor allem folgende Bestimmungen: 1. Der Ausschluß der Fischereischiffe und Fischereihäfen von den Bestimmungen des Statutes, der von Deutschland nachdrücklich bekämpft worden ist. Das bedeute, daß die Entwicklung unserer Überseefischerei infolge der protektionistischen Politik gewisser Länder in ihrer freien Entwicklung behindert bleibt. 2. Daß die Küstenschiffahrt nicht von den Bestimmungen des Statutes betroffen werde, sei ein wesentlicher Mangel. Hiermit in engster Verbindung stehe 3. die Kolonialklausel, die den großen Kolonialreichen die Berechtigung gibt, den Verkehr zwischen Mutterland und Kolonie und zwischen letzteren der nationalen Flagge vorzubehalten. 4. Endlich mache die Möglichkeit der Retorsion das Abkommen in gewissem Sinne illusorisch. Das Übereinkommen müsse aber nicht nur nach seinem Wortlaut, sondern nach seinem Geiste beurteilt werden, wie er besonders auch in dem Zeichnungsprotokoll, in den Wünschen und Empfehlungen der Schlußakte und in den offiziellen Erklärungen der Vertreter der einzelnen Staaten auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen sei.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Nord-ost-europäische Konferenz der Arbeiterinternationale.

w **Berlin**, 18. Dez. Hier begann heute vormittag unter dem Vorsitz des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Friedrich Adler, eine Konferenz der sozialistischen Parteien Nord-Ost-Europas, zu der Vertreter der sozialistischen Parteien Litauens, Polens, Deutschlands, Lettlands, Schwedens, Dänemarks, der Tschechoslowakei, Danzigs, ferner der russischen Sozialdemokraten, der russischen Sozialrevolutionäre, der georgischen und ukrainischen Sozialisten erschienen waren. Die Konferenz behandelte die Beziehungen der einzelnen Parteien untereinander und nahm ausführlich Berichte über die Ereignisse in Litauen entgegen.

„Herr General" — nicht „Exzellenz".

b **Berlin**, 19. Dez. **(Tel.)** Der Chef der Heeresleitung, General Heye, wendet sich, einer Korrespondenz zufolge, in einem Erlaß gegen das Tragen unvorschriftsmäßiger Bekleidungsstücke von Unteroffizieren und Mannschaften der Reichswehr. Für weitere Verstöße gegen die Bekleidungsvorschriften wird Strafe angedroht. — Weiter ist die Anordnung ergangen, daß die Anrede für jeden General des Reichsheeres dienstlich und außerdienstlich „Herr General" ist. Die früher vorgeschriebene Anrede Exzellenz kommt also in Fortfall.

Kapitän Kolbe beim Reichswehrminister.

w **Berlin**, 19. Dez. **(Tel.)** Dem Reichswehrminister hat heute vormittag um 10 Uhr der aus Spanien zurückberufene Kommandant des Kreuzers „Berlin" über den Besuch des Prinzen Heinrich an Bord der Berlin Bericht erstattet.

Die Untersuchung gegen Ehrhardt.

b **Berlin**, 19. Dez. **(Tel.)** Das Berliner Polizeipräsidium hat laut „Berliner Tageblatt" die Vernehmungen und die Sichtung des bei den Haussuchungen gefundenen Materials über den geheimen Fortbestand der Organisation „Wiking" abgeschlossen und das Material an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Kein Beschluß über Neuwahlen in Preußen.

w **Berlin**, 19. Dez. **(Tel.)** Die „Tägliche Rundschau" meldete in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember, das preußische Kabinett habe beschlossen, die Kommunalwahlen, die Kreis- und die Provinziallandtagswahlen ebenso wie die preußischen Landtagswahlen am 18. März oder am 22. April 1928 vornehmen zu lassen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu mitteilt, ist über den Termin der Landtags- wie der übrigen Wahlen vom preußischen Kabinett bisher nach keiner Richtung hin irgendein Beschluß gefaßt worden.

Vor neuen Bürgerschaftswahlen in Hamburg.

tn **Hamburg**, 19. Dez. **(Tel.)** Der hamburgische Senat ist heute nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu dem Urteil des Staatsgerichtshofes, der die Hamburger Wahlrechtsänderung vom 22. Juni 1927 für verfassungswidrig und damit auch die letzten Bürgerschaftswahlen für ungültig erklärt hat, Stellung zu nehmen. Ob diese Verhandlung, die noch andauert, bereits zu irgend welchen Beschlüssen führen wird, ist fraglich, ebenso wie man heute noch nicht weiß, ob die zu kommenden Mittwoch einberufene Sitzung der Bürgerschaft noch stattfinden wird. In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der Senat den 12. Februar 1928 für die Neuwahlen der Bürgerschaft bestimmen wird.

Glückwunschschreiben an Weihbischof Dr. Deitmer.

Berlin, 17. Dez. Reichskanzler Dr Marx hat dem Herrn Weihbischof Dr. Deitmer zum heutigen Tage, an dem er das 40. Jahr des Priestertums vollendet, die aufrichtigsten Glückwünsche übermittelt.

Auch der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, hat dem Herrn Weihbischof seine Glückwünsche zum Ausdruck gebracht.

Zentrum und Gegenwartspolitik.

w **Frankfurt a. M.**, 19. Dez. **(Tel.)** In einer von der Hessen-Nassauischen Arbeitsgemeinschaft der Zentrumspartei abgehaltenen Versammlung sprach am Sonntagvormittag der Reichstagsabgeordnete Joos über die Gegenwartspolitik. Die Neuwahlen müßten im Frühjahr stattfinden, weil die Regierungsparteien nicht länger zusammenhalten würden. Das Zentrum habe in dieser Koalition keine ungemischte Freude erlebt und sie werde nicht zum Dauerzustand werden. Das Zentrum gehe frei und ungebunden in den Wahlkampf und trete für eine große Koalition als der einzigen Möglichkeit zur Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit nach innen und außen.

Eine amtliche Erklärung zu den angeblichen Waffenfunden in München.

tn **München**, 19. Dez. Die bayerische amtliche Pressestelle teilt mit: Über die angebliche Entdeckung eines großen geheimen Waffenlagers in der Michael-Kirche in München werden von kommunistischer Seite sensationelle Enthüllungen verbreitet. Demgegenüber sei festgestellt, daß dort weder Maschinengewehre noch andere Schußwaffen noch Munitionsvorräte eingelagert waren. Es sind dort niemals derartige Waffen- oder Munitionsvorräte verborgen gewesen. Was dort vorhanden war, ist im Verfolg der großen Entwaffnungsaktion nach den November-Ereignissen 1923 in dem im Eigentum des Staates befindlichen Speicherräumen der Michael-Kirche behördlich eingelagert worden mit der bereits zum Teil verwirklichten Absicht, diese Bestände entsprechend den geltenden Bestimmungen allmählich zu verwerten oder zu vernichten. Es handelt sich um Bespannungsmaterial, leere Holz- und Blechkästen, verrostete Säbel und Seitengewehre, wertlos gewordene Ersatzteile und unbrauchbare Gasmasken.

Der Mord auf St. Mauritz.

2000 Mark Belohnung für Ergreifung der Täter.

Münster, 20. Dezember.

In der Nacht zum 18. ds. Mts. wurde am Laerer Leichenweg der hinter dem Guten Hirten entlang zum Kanal führt, und zwar etwa 120 Meter diesseits der Kanalbrücke der Konditor Wilhelm Leifkes, geboren am 21. Mai 1905 in Offenbach a. M., erstochen aufgefunden. Der Tod ist durch Verblutung infolge der tiefen Stiche im Gesicht eingetreten. Nachdem Passanten Sonntag früh die Leiche fanden, wurden, wie gemeldet, die Schutz- und Kriminalpolizei benachrichtigt. Auch die gleichzeitig verständigte Mordkommission eilte zum Tatort. Nach erfolgter Aufnahme des Tatbestandes ist bisher folgendes festgestellt:

Leifkes ist vor etwa 5 Wochen von auswärts zugezogen. Er konnte daher noch nicht über einen besonders großen Bekanntenkreis verfügen. Am Samstag, den 17., hat er bis gegen 20 Uhr bei seinem Arbeitgeber Richter in der Bäckerei gearbeitet. Bei diesem hat er auch seit etwa zehn Tagen Wohnung genommen. Von der Arbeitsstelle begab er sich zur Privatwohnung des Richter auf der Wasserstraße, wo er sich, nachdem er von Richter 5,00 Mark erhalten und seine Wäsche geholt hatte, umzog. Unter Mitnahme des Hausschlüssels hat Leifkes dann gegen 11 Uhr abends sein Quartier verlassen mit der Angabe, eine Person am Bahnhof treffen zu wollen. Von diesem Zeitpunkt ab fehlt von Leifkes jede Spur.

Am Tatort wurden die Brieftasche mit Papieren und ein Portemonnaie mit 1,95 Mark bei der Leiche noch vorgefunden. Eine Uhr oder sonstige Wertsachen hat L. nach den getroffenen Feststellungen nicht bei sich geführt. Nach den weiter angestellten Ermittelungen muß angenommen werden, daß L. nicht mehr Geld als vorgefunden im Besitz gehabt hat. Ausgeschlossen ist nun nicht, daß er eine Verabredung mit einer Frauensperson getroffen hatte. Aus irgend einem Grunde muß es nun zwischen ihm und zweifelhaften Leuten zu einer Auseinandersetzung gekommen sein, die zuletzt mit einem Kampf auf Leben und Tod endete. Raubmord scheidet aus, weil, wie bereits erwähnt, der Getötete sein Geld noch bei sich führte.

Zur Aufklärung des Verbrechens ist die Polizei auf die Mithilfe des Publikums in hohem Maße angewiesen. Wer kann insbesondere über folgende Punkte Aufklärung geben:

1. Wer kann Angaben machen, welche Bekannte Leifkes zur Seite hatte und in welchen Kreisen er sich bewegte?
2. Wer hat ihn Samstag, den 17. Dezember nach 23 Uhr gesehen, gegebenenfalls wo? Wer war in seiner Begleitung?
3. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß L. mit seinen Gegnern einen Kampf gehabt hat. Sind in irgend einem Hospital in der Nacht zum Sonntag oder am Sonntag selbst Personen wegen frischer Verletzungen verbunden worden? Hat jemand aus dem Publikum, was besonders wichtig ist, am Sonntag Personen mit frischen Verletzungen, Kratzwunden usw. angetroffen? Es wolle ein ganz besonderes Augenmerk auf irgendwie zweifelhafte Persönlichkeiten genommen werden.
4. Ist der Getötete am vorgenannten Abend vor oder nach Mitternacht in irgend einer Wirtschaft gesehen worden und ist es dort schon vielleicht zu Zänkereien gekommen?

Personenbeschreibung des Getöteten: Mittelgroß, ziemlich schlanke Gestalt, volles schwarzes, dickes, welliges hochgekämmtes Haar, Gesichtsfarbe blaß, etwas gebräunt, Gesicht länglich schmal, hohe Stirn, aufrechter Gang, rheinischer Dialekt, tiefe Stimme. Bekleidung: Bräunlicher, grauweiß durchwirkter Anzug, dunkelgrauer Hut, Kragen mit Bindeschlips, dunkelgrüner Mantel, hinten mit Riegel, Schnürschuhe.

Sachdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, werden beim Kriminalkommissariat I, Zimmer 60, entgegen genommen.

Für Ergreifung der Täter sind vom Herrn Oberbürgermeister und dem Herrn Regierungspräsidenten je 1000 Mark, gleich 2000 Mark, Belohnung ausgesetzt, die nur für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt sind.

Das Urteil im großen Schmugglerprozeß.

Zuchthaus-, Gefängnis- und hohe Geldstrafen.

⊕ **Münster**, 19. Dezember.

Das Urteil wurde gegen 7 Uhr abends verkündet. Zunächst hatte das Gericht zu den Beweisanträgen der Verteidigung Stellung zu nehmen. Sämtliche Beweisanträge wurden entweder abgelehnt oder als wahr unterstellt. Das Urteil lautet:

Der Angeklagte Heimann wird unter Freisprechung im übrigen wegen Verbrechens gegen §§ 348, 349 und Bestechung gemäß § 322 zu einer **Zuchthausstrafe von zweieinhalb Jahren** verurteilt, von denen sechs Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt erklärt werden. Ferner wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu 56 000 Mark, die ebenfalls als verbüßt durch die Untersuchungshaft gelten, außerdem zur **Zahlung einer Geldstrafe von 100 000 Mark.**

Der Angeklagte Strotmeier wird wegen Bestechung zu einer **Gefängnisstrafe** von zwei Jahren, von denen sechs Monate als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten; wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu 100 000 Mark Geldstrafe, die ebenfalls als durch Untersuchungshaft verbüßt angesehen werden, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz § 155 zu **200 000 Mk. Geldbuße.**

Der Angeklagte Spieß wird wegen Bestechung **zu eineinhalb Jahren Gefängnis**, ferner wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu 36 000 Mark Geldstrafe, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten, und zu einer **Geldbuße von 72 000 Mark** verurteilt.

Hubert Eymael erhält wegen Beihilfe zur Bestechung **fünf Monate Gefängnis**, wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung in zwei Fällen 304 000 Mark, von denen 300 000 Mark als verbüßt angesehen werden, wegen des Restes im Nichtbeitreibungsfalle eine Gefängnisstrafe von 60 Tagen, und wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung **152 000 Mark Geldstrafe.**

Josef Eymael wird wegen Zollhinterziehung zu einer **Geldstrafe von 96 000 Mark**, für die im Nichtbeitreibungsfalle für je 500 Mark **ein Tag** Gefängnis tritt, jedoch nicht mehr als sechs **Monate**, ferner wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu **55 000 Mark Geldbuße**, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu **80 000 Mark Geldstrafe** verurteilt.

Stratmann wird wegen Zollhinterziehung zu 112 000 Mk., von denen 100 000 Mark als verbüßt gelten und der Rest in eine Gefängnisstrafe von vierzig Tagen umgewandelt wird, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu einer **Geldstrafe** von **56 000 Mark** verurteilt.

Frau Helmes wird wegen Beihilfe zur Beamtenbestechung zu einer **Gefängnisstrafe von neun Monaten**, wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu einer Geldstrafe von **25 000 Mark**, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 500 Mark ein Tag Gefängnis tritt, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu **200 000 Mark Geldbuße** verurteilt.

Ferner werden verurteilt:

Der Angeklagte Lehm wegen Beihilfe zur Beamtenbestechung zu **90 000 Mark Geldstrafe**, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 500 Mark ein Tag Gefängnis tritt, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu **180 000 Mark Geldbuße;**

der Angeklagte Robert wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu **110 000 Mark**, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 5000 Mark ein Tag Gefängnis tritt, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu **220 000 Mark Geldbuße;**

der Angeklagte Groß wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu **150 000 Mark Geldbuße**, an deren Stelle für je 500 Mark ein Tag Gefängnis tritt, jedoch nicht mehr als sechs Monate, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu einer **Geldbuße von 220 000 Mark;**

der Angeklagte Walterscheidt wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu **52 000 Mark**, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 500 Mark ein Tag Gefängnis tritt, außerdem zu einer **Geldbuße von 104 000 Mark;**

der Angeklagte Gref wegen Beihilfe zur Zollhinterziehung zu **52 000 Mark**, an deren Stelle für 500 Mark ein Tag Gefängnis tritt, außerdem wegen Vergehens gegen das Vereinszollgesetz zu einer **Geldbuße von 104 000 Mark.**

Die Angeklagten Rezfer, Breider, Becher die Brüder Küster und Kremer werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Den Angeklagten Heimann, Strotmeier und Spieß werden die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, und zwar Heimann auf die Dauer von fünf Jahren und Strotmeier und Spieß auf die Dauer von drei Jahren.

Die im Anfang September 1926 bei der Firma Schließen und Schlotmann beschlagnahmten 141 Sack Kaffee werden freigegeben. Der Lastwagen IX 48 626 wird eingezogen. Die Kosten fallen den Verurteilten zur Last, mit Ausnahme der Vernehmung für die Kosten des Zeugen Sterenberg aus Holland, die die Staatskasse trägt.

In der Urteilsbegründung

wird gesagt: In fünftägiger Hauptverhandlung hat sich vor dem Schöffengericht ein Bild entrollt, das sicherlich der Reichsfinanzverwaltung zu schweren Sorgen Anlaß gegeben hat, das aber auch bei ehrlichen Kaffeefirmen und Kaufleuten nicht minder schwere Sorgen hervorgerufen haben wird. Dieses Bild, in großen Zügen entrollt, ist folgendes: Ein holländischer Groß-Kaffeeschmuggler ging seit längerer Zeit darauf aus, im Interesse und im Auftrage holländischer Firmen Kaffee in großen Mengen unverzollt nach Deutschland zu schmuggeln. Um dieses zu erreichen, hat der Schmuggler sich durch Vermittlung von anderen Personen an Zollbeamte herangemacht, und er hat sich dafür die kleinen Zollämter in Hemden bei Bocholt und Heidenend sowie Kaldenkirchen im Rheinland ausgesucht. Es wird richtig sein, daß diese Beamten der großen Versuchung nicht von vornherein verfallen sind, sie sind von der Zollverwaltung als Beamte bezeichnet worden, die bis dahin als pflichttreu galten. Einwandfrei ist erwiesen, daß drei Beamte der Versuchung unterlagen. Nachdem mit Hilfe von Chauffeuren, zum Teil mit Hilfe der Eisenbahn der Kaffee unverzollt über die Grenze gebracht war, traten die in Tätigkeit, mit denen der Großschmuggler sich schon vorher in Verbindung gesetzt hatte. Es ist bezeichnend, daß diese Firmen in allen Fällen den Kaffee nicht unmittelbar auf ihre Lager schaffen ließen, sondern auf ihr Deklager bei Spediteuren. Daraufhin nahm der Vorsitzende Stellung zu den einzelnen Fällen und betonte besonders, daß eine Fortsetzung der zur Anklage stehenden Fälle einen Bankrott der deutschen Zollbehörden darstellen würde; denn einerseits seien die Verfehlungen gemeingefährlich gewesen und so raffiniert, daß eine Aufdeckung nur durch Zufall möglich gewesen wäre. Das Gericht hat eine einfache Zollhinterziehung als vorliegend erachtet. Bandenschmuggel sei nicht gegeben, da bei diesem mehr als zwei Personen zugegen sein müßten. Das Gegenteil sei nicht erwiesen; denn nach der Auffassung des Reichsgerichts könnte ein Zollbeamter nicht als dritte Person angesehen werden, da gerade Bandenschmuggel eine besondere Gefährlichkeit für die Zollbeamten darstellte. Weiter sei ohne weiteres erwiesen, daß bei den verurteilten Firmen Beihilfe in Frage käme, denn Beihilfe komme so lange in Frage, bis die Ware zur Ruhe gekommen sei. Bei dem Zollbeamten Heilmann hätte das Gericht auf Zuchthaus erkennen müssen, weil besonders seine Tätigkeit als gemein zu bezeichnen sei. Bei den anderen Beamten seien mildernde Umstände angenommen, weil gerade die Versuchung der Zollbeamten an der Grenze besonders groß sei. Eine Urkundenfälschung hat das Gericht nicht angenommen, da es sich um interne Urkunden handele und nicht um öffentliche Urkunden. Weiter betonte der Vorsitzende, daß die verhängten Geldstrafen auf die Öffentlichkeit einen absonderlichen Eindruck hinterlassen würden, da es sich um Verurteilte handelte, die die Strafen nicht zahlen könnten. Das Gericht sei aber hier an das Vereinszollgesetz gebunden, nachdem auf das Mehrfache des Wertes der geschmuggelten Ware erkannt werden mußte. Bei den Tätern mußte auf das Vierfache und bei den Leuten, die wegen Beihilfe angeklagt waren, wenigstens auf das Einfache des hinterzogenen Zollbetrages erkannt werden. Das Gesetz bestimmt weiter, daß für den Fall, daß die Strafe nicht beigetrieben werden kann, auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden muß, die aber nicht sechs Monate überschreiten darf. Der § 155 des Vereinszollgesetzes will sagen, daß die Täter, Teilnehmer oder Helfer zum Wertersatz der geschmuggelten Ware verurteilt werden müssen, falls die Waren nicht mehr beschlagnahmt werden können. Die Freigabe des beschlagnahmten Kaffees mußte nach dem Gesetz erfolgen. Er unterlag nur der Beschlagnahme, wenn festgestellt worden wäre, daß gerade dieser Kaffee geschmuggelt wurde. Da noch andere Sendungen eingingen, konnte diese Feststellung nicht einwandfrei erfolgen. Gegen den Angeklagten Strotmeier wurde der Haftbefehl nicht aufgehoben, weil er noch einsinhalb Jahre zu verbüßen hat. Eine Tochter von ihm hat ihren Wohnsitz in Holland genommen, und es besteht der Verdacht, daß Strotmeier sich zu ihr begeben wird und dann für die deutschen Behörden nicht mehr zu erreichen ist.

Erklärungen über die Annahme des Urteils wurden von den anwesenden drei Angeklagten Heilmann, Strotmeier und Kurt Küster nicht abgegeben. Nach 8 Uhr abends schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Die russische Opposition und das Hindenburg-Plakat.

Scheitern der Verhandlungen über die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Danzig.

w **Danzig**, 19. Dez. **(Tel.)** Die seit mehreren Wochen zwischen den bürgerlichen Parteien geführten Verhandlungen einer bürgerlichen Regierung in Danzig haben sich heute endgültig zerschlagen, da die Verhandlungen, die Zusammenfassung der liberalen Parteien zu einer Fraktion, nicht erfüllt werden konnte. Es kommt nunmehr eine Regierung der Mitte, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschliberalen in Frage.

Der Quai d'Orsay und das Hindenburg-Plakat.

⊕ **Paris**, 17. Dez. Zu dem Protest der deutschen Regierung wegen des Hindenburgsplakats der französischen Rechtsparteien wird am Quai d'Orsay erklärt, daß es sich um ein gewöhnliches Wahlplakat handele, dem man in Deutschland keine besondere Bedeutung beimessen solle, da derartige Plakate in der gleichen Weise auch französische Staatsmänner angriffen.

Man wird diese Erklärung kaum als eine ausreichende Stellungnahme zu dem berechtigten deutschen Protestschritt ansehen können. Man wird daher erwarten müssen, daß der Quai d'Orsay das letzte Wort in dieser Angelegenheit hiermit noch nicht gesprochen hat.

Entfernung sowjetrussischer Konsulatsbeamter aus Hankau.

w **Hankau**, 17. Dez. **(Tel.)** Reuter meldet, daß fünfzehn russische Konsulatsbeamte, darunter der Generalkonsul, heute vormittag auf einen chinesischen Dampfer gebracht wurden, um über Schanghai nach Wladiwostok transportiert zu werden.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 20. Dezember.

+ **Ihr 40jähriges Priesterjubiläum** begingen am Samstag, den 17., mit den hochw. Herren Weihbischöfen Dr. Scheifes-Münster und Dr. Deitmer-Berlin noch die Herren Prälat Prof. Dr. Diekamp-Münster und Pfarrer Bömer-Münster (Kreuzkirche).

= **Die Reichsbank** macht darauf aufmerksam, daß ihre Büros und Schalter Samstag, den 24. Dezember, also am Tage vor Weihnachten, von 12 Uhr ab für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen sind.

Ökonomierat Quabeck †.

Münster, 20. Dezember.

Der Direktor des Verbandes ländlicher Genossenschaften der Provinz Westfalen, Vorstandsmitglied und Direktor der Ländlichen Zentralkasse, Ökonomierat Anton Quabeck ist am Montagmittag einem längeren Leiden erlegen, das ihn schon im Laufe der letzten Jahre gezwungen hatte, seine Arbeiten für das Gedeihen der landwirtschaftlichen Genossenschaften unserer Provinz zeitweise zu unterbrechen. Und gerade das war für ihn besonders schmerzvoll; denn für ihn und sein ganzes Leben gab es nur eins: sein ureigenstes Lebenswerk, das aus kleinsten Anfängen heraus zu einer Organisation allergrößten Ausmaßes geschaffene, bis ins Kleinste durchdachte und gepflegte Werk des ländlichen Genossenschaftswesens zu stets wachsender Größe zu bringen, eine Arbeit, auf deren Erfolg er mit der größten Befriedigung zurückblicken konnte, eine volkswirtschaftliche Großtat in unserer Provinz, für die ihm die ländliche Bevölkerung der gesamten Roten Erde nicht genug danken kann.

Als Sohn des hochgeachteten Magistratsboten Peter Quabeck zu Münster geboren, hat Quabeck ein Alter von ungefähr 65 Jahren erreicht. Mit etwa 25 Jahren trat er in die Organisation ein, zu der Schorlemer den Grundstein gelegt hatte, lernte Schorlemers Ideen aus persönlicher Fühlungnahme mit dem „Bauernkönig" kennen und wertete sie aus in der gerade einem Quabeck eigenen zähen, konsequent fortgeführten Zielsicherheit, die denn auch zu diesem für die westfälische Volkswirtschaft so glänzenden Erfolge führte. Fast vierzig Jahre war Quabeck im Dienste der ländlichen Genossenschaften tätig, zuerst als Revisor, dann lange Jahre als Generalsekretär, bis er nach dem Hinscheiden des verdienstvollen Direktors der Ländlichen Zentralkasse, Koenen, in dessen Nachfolgeschaft trat und damit an die Spitze der Geschäftsführung des gesamten westfälischen ländlichen Genossenschaftswesens trat. Im Jahre 1928 würde er das vierzigjährige Jubiläum seiner Tätigkeit haben feiern können. Trotz seiner schleichenden Krankheit als Erscheinung beginnenden Alters war er — soweit möglich — unentwegt auf dem Posten und blieb auch an der Spitze der Geschäftsführung beider Organisationen. Seit den letzten sechs bis acht Wochen zwang ihn allerdings die Verschlimmerung seiner Krankheit, sich von den Geschäften zurückzuziehen.

Neben dem Ausbau der ländlichen Spar- und Darlehnskassen, denen zunächst seine Arbeit galt, sah er vor allem ein wichtiges Ziel in der Regelung des landwirtschaftlichen Warenbezuges und Absatzes durch die Gründung der landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften, und hier darf es wohl einmal' offen ausgesprochen werden, daß die Gründung der Spitzenorganisation dieser Genossenschaften, der Westfälischen Zentralgenossenschaft für den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Wirtschaftserzeugnisse, in erster Linie das Werk Quabecks ist. Was Quabeck, gestützt auf einen Stau durch ihn vorzüglich geschulter Mitarbeiter in den vierzig Jahren seiner genossenschaftlichen Arbeit in unserer Provinz gewirkt hat, das beweist am besten die Zahl der jetzt dem Verbande angeschlossenen Genossenschaften. Nur klein war sie beim Eintritte Quabecks, und wenn die Zahl jetzt auf über 600 angewachsen ist, so ist das Quabecks Werk.

Von den Ehrungen mancherlei Art, die ihm zuteil wurden, mag nur erwähnt sein, daß er schon vor etwa 25 Jahren vom Könige zum Ökonomierat ernannt wurde, und der Westfälische Bauernverein würdigte die Verdienste dieses Mannes, der das Erbe Schorlemers in so glänzender Weise verwaltete und ausbaute, durch Ernennung Quabecks zum Ehrenmitgliede der größten freiwilligen Bauernorganisation der Provinz.

An der Zentralstelle des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Berlin erkannte man die überragende Tüchtigkeit und die hohen Verdienste dieses hochgeschätzten Genossenschaftlers sehr wohl an. Sein Urteil galt was im Rate der leitenden Männer. Er war Mitglied des Ausschusses der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und gehörte einer ganzen Reihe von Kommissionen des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften an. Bemerkt sei noch, daß er auch mitgehörte zu den Gründern des alten „Westfalen", jener zu Beginn des Krieges eingegangenen, auf Zentrumsboden stehenden landwirtschaftlichen Tageszeitung.

Quabeck hatte seine eigene Art, mit den Genossenschaftlern unserer Provinz umzugehen, die Art des knorrigen, derben, grundehrlichen Münsterländers. Und wer Gelegenheit hatte, die zahlreichen Versammlungen mitzumachen, zu denen er seine Genossenschaftler zusammenrief, dem wird stets unvergeßlich bleiben, wie er „herb, doch ehrlich" Rüge hatte, wo es notwendig war, Anerkennung für den, der sie verdiente. Aber dann, wenn er es ihnen „an den Bast gelagt" hatte, wenn er geradeaus, unverblümt und ungeschminkt seinen bekannten „Rückblick und Ausblick" gegeben hatte und zusammenfaß mit den Männern, die in fleißiger Pflege auf Vorposten des westfälischen Genossenschaftswesens stehen, dann zeigte er sich von der Seite des echten Gemütsmenschen, und geistvoll und schnittig sprühte er von Humor und Witz, und manches gefügelte Wort Quabecks, viele seiner köstlichen Anekdoten und Erzählungen steigen auf, wenn die Rede auf diesen tüchtigen Menschen kommt, dessen Stärke Geist, Weitblick und sicheres Erkennen war.

Quabeck hat seine Arbeit getan. Gott hat seinem in unermüdlichem Arbeiten zum Besten der gesamten westfälischen Landwirtschaft hingegebenen Leben ein Ziel gesetzt. Aber sein Werk, das so rasch und so gesund emporwuchs, wird in seinem Sinne und nach seinen Intentionen gepflegt und weiter gebaut werden, und Westfalen wird ebenso wie das gesamte deutsche ländliche Genossenschaftswesen stets und unvergeßlich dessen gedenken, was Anton Quabeck dafür getan hat.

Die „Dr. Franz Schölling-Stiftung" in Münster.

Anläßlich des 75. Geburtstages des Geheimrats Dr. Schölling wurde von Freunden und Verehrern die „Dr. Franz Schölling-Stiftung" gegründet. Sie hatte sich die Aufgabe gestellt, ein Heim zu schaffen für ältere Damen und Herren, denen es im Alter an der wünschenswerten Pflege mangelt. In dem Heim sollen Hilfsbedürftige und Unversorgte einen ruhigen, freundlichen Lebensabend finden. Durch die Sammeltätigkeit des vorbereitenden Ausschusses bei Freunden, Verehrern und ehemaligen Patienten des Herrn Geheimrats wurde eine Summe aufgebracht, die den Ankauf des Hauses Heerdestraße 33 ermöglichte. Von befreundeter Seite wurde ferner das Nachbarhaus zur Verfügung gestellt, so daß die Eröffnung des Heims vor sich gehen konnte. Nach einigen baulichen Umänderungen konnten bisher acht Damen in dem Heim Unterkunft finden. Jede der Damen hat ein wohnlich eingerichtetes Zimmer, das sie selbst instand hält. Das Mittagessen wird gemeinsam eingenommen; für Morgenkaffee und Abendbrot sorgen die Damen selbst. Dadurch bleibt jeder Dame ein kleiner Kreis hauswirtschaftlicher Pflichten und Arbeiten erhalten, die sie gern übernimmt. Gröbere Arbeiten werden ihr abgenommen, so daß sie der Sorge enthoben ist, Arbeiten zu leisten, denen der Körper im vorgeschrittenen Alter nicht mehr gewachsen ist. Andererseits behält sie ihre Selbständigkeit. Der Pensionspreis konnte bisher niedrig gehalten werden, und es wird stets die erste Sorge der Heimleitung bleiben, die Kosten in erschwinglicher Höhe zu halten. Die Eröffnung des Heims ist in aller Stille erfolgt und hat, wie zu

zu Ehren ins Leben gerufen wurde, hat einen Anklang gefunden, der sicherlich ein Zeichen der Not der Zeit ist und der sicherlich auch die Bedürfnisfrage schlaglichtartig beleuchtet. So steht das junge Werk, so reiche Früchte es schon trug, doch am halben Wege und muß sich derer wehren, die mit bittenden Händen vor seinen Toren stehen, Einlaß begehrend, von Kummer und Sorge bedrückt.

Jetzt muß dem herrlichen Werk der Stiftung weitergeholfen werden. Der nüchternen Berechnung über Möglichkeiten und den statistischen Tatsachen muß sich jetzt das warme Herz zur Seite stellen, das diese Stiftung ins Leben rief und das ihr Dasein mit so großer Freude und Genugtuung empfunden hat. Nicht für alle steht Weihnachten vor der Tür mit Lichtglanz und Freude. Man soll daran denken im Jubel seiner eigenen Weihnachtsstunde, man soll daran denken in der Bitternis der Kälte, daran denken während der eigenen Klage über die Teuerung aller zum Leben notwendigsten Dinge, man soll daran denken während der zahlreichen Ausgaben für Lustbarkeit und frohe Stunden, vor allem aber möge man daran denken im Zeichen der Weihnachtszeit. Das schönste Kennzeichen der Weihnacht ist das Opfer. Vor dem Gedanken der „Franz Schölling-Stiftung" steht die Not, steht bittere, von vielen Menschen nie gekannte, hilflose Not. Zum ersten Male wird in diesem Jahre in dem neuen Heim der Stiftung das Weihnachtsfest gefeiert. Möge den beglückten alten Insassen und Nutznießern der Stiftung, die sicherlich vor einem Jahre noch keine Ahnung von dem unerwarteten Geschenk der Stiftung hatten, die heute als schönstes Weihnachtsgeschenk das Bewußtsein haben, bis an ihr ruhiges Lebensende ein gesichertes und sorgenloses Leben in frohem Alter genießen zu können, auch die Freude werden, daß die „Franz Schölling-Stiftung" weiter gedeiht und wächst, daß im nächsten Jahre wieder eine Anzahl Altersgenossinnen das Weihnachtsfest mit ihnen zu feiern in der glücklichen Lage ist. Zu diesem schönen und notwendigen Werk bedarf es der freudigen Mithilfe der Bevölkerung.

Gern werden Einzahlungen entgegengenommen auf das Konto der „Dr. Franz Schölling-Stiftung" bei der Münsterischen Bank, Königstraße, und bei der Geschäftsstelle des „Münsterischen Anzeigers", Prinzipalmarkt. p.

12 Grad Kälte und scharfer Ostwind über dem Münsterland.

Münster, 19. Dez. Die Kältewelle, die augenblicklich Europa heimsucht, trifft auch das Münsterland diesmal in stärkerem Maße. Die letzten Nächte brachten durchweg 10 bis 11 Grad Frost, selbst mittags überstieg das Thermometer knapp 5 Grad Frost. — In den gestrigen Abendstunden wich die bis dahin nur schwache Luftbewegung einer kräftigen Ostströmung, die die Kälte noch mehr empfinden ließ. Es wurde auf direktem Wege die Kälte aus Ostpreußen und Polen, wo bis 25 Grad sind, herbeigetragen. Im Stadtzentrum wurden gegen 11 Uhr nachts schon 10 Grad, in den Außenbezirken der Stadt 12 Grad verzeichnet.

Aus den Provinzen.

w **Recklinghausen, 19. Dez. (Drei Bergleute verschüttet.)** Auf der Schachtanlage Ewald Fortsetzung 1—3 in Erkenschwick wurden heute gegen Mittag im Revier 11 auf Flöz Hugo durch plötzliches Zubruchgehen einer Strebe drei Bergleute verschüttet. Bei den sofort aufgenommenen Bergungsarbeiten ergab sich aus Klopfzeichen, die gehört worden, daß alle drei noch leben.

Vermischtes.

• **Das Urteil im Bilderfälschungsprozeß.** Hamburg, 19. Dez. Im Bilderfälschungsprozeß verkündete das Gericht heute abend das Urteil. Der Angeklagte Peitz erhielt wegen fortgesetzten Betruges in Tateinheit mit gewinnsüchtiger Urkundenfälschung drei Jahre Zuchthaus und 10 000 RM. Geldstrafe unter Anrechnung der Untersuchungshaft, der Angeklagte Cordes 18 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Gegen die beiden Kunstmaler lautete das Urteil wegen Beihilfe zur fortgesetzten Urkundenfälschung und Betruges bei Prediger auf neun Monate Gefängnis und bei Becher auf sechs Monate Gefängnis.

• **Aufsehen erregender Kindermord in Los Angeles.** tu New-York, 19. Dez. In Los Angeles ist die 12jährige Tochter eines Bankbeamten, die unter dem Vorwand, ihr Vater sei erkrankt, von einem Unbekannten aus der Schule abgeholt wurde, ermordet worden, obwohl das verlangte Lösegeld in Höhe von 1500 Dollar abgeliefert worden war. Die Leiche des Mädchens wurde mit abgeschnittenen Beinen und Armen auf einem Rosenplatz vor dem Hause der Eltern aufgefunden. Als mutmaßlicher Hauptschuldiger ist ein 25jähriger Mann, dessen Name noch geheimgehalten wird, verhaftet worden.

Nur wenig Hoffnung auf Rettung der sechs Matrosen des S. 4.

• **Newyork, 19. Dez. Die Hoffnung auf Rettung der noch am Leben befindlichen, in dem gesunkenen amerikanischen U-Boot S. 4 eingeschlossenen sechs Matrosen ist, wie aus Newyork gemeldet wird, so gut wie aufgegeben worden.** Die Versuche, die Eingeschlossenen zu erreichen, mußten für den Augenblick eingestellt werden, da starker Sturm und eisige Kälte alle Anstrengungen fruchtlos machten.

Nach Mitteilung von zuständiger Stelle beläuft sich die Zahl der normalen Besatzung des gesunkenen Unterseebootes auf 2 Mann, und zwar 4 Offiziere, 5 Deckoffiziere und 33 Matrosen. Das Unterseeboot, das von Leutnant Commander R. K. Jones befehligt war, lief 1919 vom Stapel und verdrängte in aufgetauchtem Zustande 876, in getauchtem Zustande 1092 Tonnen.

Luftfahrt.

Gefährliche Notlandung eines Flugzeuges in Steiermark.

tu **Wien, 19. Dez. (Tel.)** Aus Hartberg in Steiermark wird dem „Neuen Wiener Tageblatt" berichtet: Auf dem Flug von Venedig nach Wien geriet am letzten Samstag das Postflugzeug A 22 hinter Hartberg in einen Sturm. Der Pilot sah sich zu einer Notlandung gezwungen, die in überaus gefahrvoller Weise oberhalb des Wartehäuschens einer Haltestelle der Hartberg-Friedberger Bahnstrecke vor sich ging. Das Flugzeug schwebte vor der Landung knapp über den Wäldern dahin, diese wiederholt streifend. Es wurden in der Nähe des Landungsplatzes die Baumkronen eines Buchenwaldes geknickt, bis die Landung auf dem Bahngeleise selbst erfolgte. Der Pilot und sein Begleiter blieben unverletzt. Des Flugzeug ist am Sonntag abgeschleppt worden.

Start zum Indo-China-Flug.

w **Paris, 19. Dez. (Tel.)** Heute früh ist das Militärflugzeug Georges Gunnemer vom Flugplatz Le Bourget nach Hanoi in Indo-China gestartet. Die erste Etappe ist Athen. Wahrscheinlich erfolgt in Rom eine Zwischenlandung. Die Besatzung besteht aus zwei Offizieren und drei Unteroffizieren. Das Flugzeug war beim Start 3600 Kg. schwer. Die mitgeführten 2000 Kg. Benzin geben ihm einen Aktionsradius von 2300 Km. oder 16 Flugstunden.

Briefkasten.

Alter Abonnent. Besten Dank für frdl. Interesse an unserm Kopf. Wir sind, wie Sie wissen, früheren Anregungen gern gefolgt, können es aber diesmal aus technischen Gründen nicht.

Handel und Volkswirtschaft.

Das russisch-amerikanische Geschäft.

Russische Umwerbung der amerikanischen Wirtschaft. — Ausbau des russisch-amerikanischen Handels. — Das Naphthageschäft. — Der Farquahr-Vertrag.

(Von unserem Moskauer Berichterstatter.)

Moskau, im Dezember 1927.

Noch vor dem Bruch mit England machte sich in der russischen Außenhandelspolitik die Tendenz bemerkbar, das Geschäft mit Amerika größtmöglichst zu forcieren. Nachdem der Abbruch der russisch-englischen diplomatischen Beziehungen vollzogen wurde, setzte diese Politik der Sowjetregierung mit neuer Stärke ein.

Diese Umwerbung der amerikanischen Wirtschaft durch die Sowjetregierung ist nicht zuletzt auf politische Momente zurückzuführen. Es ist anzunehmen, daß man in Moskau von einem starken Ausbau des russisch-amerikanischen Geschäfts einen Fortschritt in der bis heute noch stagnierenden Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch Amerika erhofft.

Nun ist nicht zu leugnen, daß es der Sowjetregierung gelungen ist, den Handel mit den Vereinigten Staaten im Wirtschaftsjahr 1926/27 bedeutend auszubauen, was sich aus den nachfolgenden sowjetamtlichen Daten ergibt (in Mill. Rbl.):

	1926/27			1925/26		
	USA	Deutschland	England	USA	Deutschland	England
Gesamtumsatz	116,7	325,0	294,6	145,0	283,2	312,5
Ausfuhr nach	17,3	167,6	197,5	25,1	141,0	187,1
Einfuhr aus	143,4	157,7	97,1	119,9	172,2	125,4

Es ist überaus bemerkenswert, daß vom allgemeinen Rückgang des russischen Imports, der im Wirtschaftsjahr 1926/27 zu verzeichnen war, sämtliche wichtigsten Lieferländer Rußlands mit einziger Ausnahme der Vereinigten Staaten betroffen worden sind. Während beispielsweise die russische Einfuhr aus Deutschland im Berichtsjahr von 172,2 Mill. Rbl. 1925/26 auf 157,7 Mill., und diejenige aus England von 125,4 Mill. auf 97,1 Mill. zurückgegangen ist, stieg der Import aus Amerika von 119,9 Mill. auf 143,4 Mill. Rbl. Interessant ist ferner, daß die russische Handelsbilanz im Verkehr mit Deutschland und England zugunsten Rußlands aktiv ist, während sie im Verkehr mit den Vereinigten Staaten einen sehr erheblichen Passivsaldo zu ungunsten Rußlands aufweist. Diese Tatsache beweist am besten, daß Rußland in der zweiten Hälfte des Wirtschaftsjahres 1926/27 die Vereinigten Staaten bei der Auftragsvergebung auf Kosten der genannten beiden anderen Lieferländer berücksichtigt hat.

Auch der prozentuale Anteil der Vereinigten Staaten am russischen Gesamtimport ist 1926/27 im Vergleich zum Vorjahre stark gestiegen (in Prozent):

	1926/27	1925/26
Vereinigten Staaten	23,0	17,8
Deutschland	25,2	25,6
England	15,6	18,6

Somit haben die Vereinigten Staaten 1926/27 England in der russischen Einfuhr verdrängt und den zweiten Platz, hart hinter Deutschland, eingenommen.

In der russischen Einfuhr aus Amerika nahmen 1926/27 Rohstoffe (Baumwolle usw.) mit 50 505 000 Dollar gegenüber 8 039 000 Dollar 1913/14 den ersten Platz, Landmaschinen (vor allem Traktoren) den zweiten Platz ein. Von der amerikanischen Gesamtausfuhr an Landmaschinen entfielen 25 Prozent auf den Export nach Rußland, von der Traktorenausfuhr 14 Prozent, von der Baumwollausfuhr 10 Prozent. Die Einfuhr von Industrieausrüstungen weist gegenüber 1913/14 ebenfalls eine starke Steigerung auf und zwar von 4 292 000 Dollar auf 11 285 000 Dollar. Mithin spielen die Vereinigten Staaten als Lieferant von Anlagen für die Sowjetindustrie eine steigende Rolle. In der russischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, die noch immer relativ gering ist, entfielen 10 Mill. Dollar auf Rauchwaren gegenüber nur 312 000 Dollar 1913/14, wobei die Abschlüsse in zunehmendem Maße direkt mit den amerikanischen Abnehmern getätigt wurden, 621 000 Dollar auf Borsten (19 000). Die Rohlederausfuhr — 344 000 Dollar — war im Vergleich zum Vorkriegsexport — 13,5 Mill. Dollar — nur gering. Auch die Holzausfuhr nach den Vereinigten Staaten blieb stark hinter dem Vorkriegsstande zurück. Von der amerikanischen Gesamteinfuhr an Därmen entfielen 33,5 Prozent auf den Import aus Rußland.

In den letzten Monaten sind russischerseits in den Vereinigten Staaten, sowie mit Vertretern amerikanischer Firmen in Moskau und Leningrad Verhandlungen über Maschinenlieferungen und dergleichen eingeleitet worden. So wurden mit der amerikanischen Firma Chain, Beldt u. Co. Verhandlungen über Lieferung von Conveyeranlagen für die Leningrader Fabriken, vor allem für Metall- und Sägewerke und das Wasserkraftwerk „Swirstroj" angebahnt, wobei die Firma Niederlassungen in Moskau und Leningrad zu errichten plant. Sodann wird mit der Firma Westinghouse über weitere Lieferungen der Firma für den Naphthakraft des Bakugebiets „Ausnft" verhandelt. Größere Bestellungen für das Wasserkraftwerk „Dnjeprostroj", in erster Linie auf Anlagen zur Mechanisierung der Bauarbeiten, sind in Amerika bereits vergeben worden. Die Chicagoer Maschinenbaufirma Sullivan erhielt gleichfalls größere Bestellungen auf Drehbänke, Kompressoren und andere Ausrüstungsgegenstände. Mit dem amerikanischen Finanzmann Lindsay wurden Verhandlungen über Beteiligung amerikanischen Kapitals zum Ausbau des russischen Flugwesens eingeleitet, wobei auch die Mitarbeit deutscher Wirtschaftskreise in Aussicht genommen sein soll. Schließlich begibt sich eine Kommission nach den Vereinigten Staaten, um Bestellungen auf Anlagen für die Mechanisierung der Arbeiten beim Bau der Turkestan-Sibirien-Eisenbahnlinie zu vergeben.

Bemerkenswert ist die in der Sowjetindustrie gegenwärtig vorherrschende Tendenz, amerikanische technische Kräfte in immer stärkerem Maße zur technischen Hilfeleistung heranzuziehen, während früher hauptsächlich deutsche Industriefachleute nach Rußland berufen wurden. So wurde der amerikanischen Ingenieurfirma Stuart, James, Cook u. Co. die technische Beratung des Kohlentrusts des Moskauer Beckens „Moskwugol" und des südrussischen Erztrusts „Jurt" übertragen. Die technische Beratung des Kohlentrusts des Donezbeckens „Donugol" hat die amerikanische Firma bereits vor längerer Zeit übernommen, ebenfalls die Hugh L. Cooper Corp., die technische Beratung beim Bau des Wasserkraftwerks „Dnjeprostroj". Sodann sind zahlreiche Bauprojekte für Metallfabriken in Amerika bestellt worden, während das Ingenieurbüro Prine, Chikago, die technische Beratung beim Ausbau der russischen Metallindustrie übernehmen soll. In Amerika weilte vor kurzem eine Delegation des Obersten Volkswirtschaftsrats der Sowjetunion, die mit amerikanischen Firmen nicht nur über russische Bestellungen, sondern auch über eine weitgehende technische Mitarbeit der Amerikaner verhandelt hat. Russischerseits wird alles getan, um das Interesse der amerikanischen Wirtschaft für Rußland zu wecken. Von der russischen Handelsgesellschaft in Newyork, Amtorg Trading Corp., die als Sowjethandelsvertretung in den Vereinigten Staaten fungiert, ist die Eröffnung von Mustermessen russischer Waren in Newyork und Chikago geplant. Sodann ist die im Jahre 1916 in Newyork gegründete Russisch-Amerikanische Handelskammer vor einiger Zeit auf russische Initiative reorganisiert worden, wobei ihr von amerikanischer Seite die Chase National Bank, die American Locomotive Corp., Harriman u. Co., Dillon, Read u. Co., United States Steel Products Co. und andere hervorragende Firmen beigetreten sind.

Eine Sonderstellung im russisch-amerikanischen Geschäft nehmen die Lieferungsverträge des Allrussischen Naphthasyndikats mit der Standard Oil Co. of Newyork, die zu den bekannten Auseinandersetzungen innerhalb des Rockefeller-Konzerns und mit der Shell-Gruppe geführt haben, ein. Vor einiger Zeit soll mit der Standard Oil Co. of Newyork ein neuer Vertrag auf Lieferung von 360 000 To. russischer Naphthaprodukte durch das Allrussische Naphthasyndikat zustande gekommen sein, so daß das jährliche Naphthakontingent, das aus Rußland zur Ausfuhr nach Amerika gelangt, sich auf insgesamt etwa 1,5 Millionen To. stellen würde. Die russischen Naphthatruste haben in den Vereinigten Staaten eine eigene Vertretung errichtet, an deren Spitze der bisherige Leiter des Naphthatrustes „Grosneft", Oparin, steht.

Einen weiteren Ausbau haben die russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen durch den bekannten Farquahr-Vertrag mit der Sowjetregierung erhalten. Bei diesem Vertrag handelt es sich bekanntlich um die Gewährung eines 6jährigen Kredits von 40 Millionen Dollar für die Finanzierung der Bestellungen auf Ausrüstungen für das Makejewski-Werk des Südrussisch. Stahltrusts „Juostal". Die Rolle der Farquahr-Gruppe soll sich indessen nicht nur auf die Finanzierung der Maschinenlieferungen beschränken, sondern die Amerikaner werden auch technische Hilfe leisten. Falls der 6jährige Kredit in eine langfristige 20jährige Anleihe konvertiert wird — diese Möglichkeit wird im Vertrag vorgesehen, ihre Verwirklichung hängt aber von der gegenwärtig noch wenig wahrscheinlichen Zustimmung des amerikanischen Staatsdepartemens ab — erhält die Farquahr-Gruppe das Recht zur Finanzierung des Ausbaues mehrerer südrussischer Eisenbahnlinien, sowie der Neuausrüstung und Erweiterung der Hafenanlagen in Nikolajew und ferner das Recht auf Konzessionen zur Errichtung eines neuen Hütten- und Stahlwerks mit einer Jahresproduktion von 1 Mill. To. Roheisen und 750 000 To. Walzstahl. Die Baukosten dieses Werks werden auf 120—130 Mill. Rblh. berechnet. Was die russischen Sicherheiten anbetrifft, so sollen die Russen einen entsprechenden Betrag in Wechseln bei deutschen oder amerikanischen Großbanken hinterlegen, wobei die Wechsel das Giro der Russischen Staatsbank tragen sollen. Außerdem dürfte eine Realgarantie innerhalb Rußlands in Frage kommen. Die Verzinsung der Kredite soll nicht mehr als 9,5 Prozent betragen.

Die Frage der deutschen Beteiligung an dem Farquahr-Geschäft ist noch in der Schwebe. Wie verlautet, wird Farquahr demnächst in Deutschland erwartet, um die Verhandlungen mit den deutschen Gruppen weiter zu führen. Inzwischen hat sich eine russische Metallkommission nach Amerika begeben, die die näheren Einzelheiten des Abkommens festlegen wird.

Ein starkes Hemmnis für die Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen ist noch immer die Zurückhaltung der amerikan. Banken bei der Kreditgewährung. Bekanntlich hat das amerikanische Staatsdepartement noch vor kurzem vor weitgehenden russischen Kreditgeschäften gewarnt. Nur zwei große amerikanische Banken haben bei russischen Bestellungen größere Kredite gewährt, und zwar die Chase National Bank und die Equitable Trust Co. of Newyork, deren Vizepräsident, Leblanc, im September in Moskau gweilt hat. Eine Delegation der russischen Staatsbank hat vor einiger Zeit in Newyork über einen Ausbau der amerikanischen Kredite für Rußland verhandelt, doch bisher ohne greifbaren Erfolg. Bekanntlich sind die Verhandlungen des Präsidents der National City Bank Mitchell über russische Kredite ebenfalls ergebnislos geblieben.

Essener Kurenbörse.

tu **Essen, 19. Dez. (Tel.)** Der Terminmarkt war sehr ruhig bei kleinem Geschäft. Der Kuxenmarkt blieb bei geringem Geschäft vollkommen unverändert. In Steinkohlenkuxen wurden keine Umsätze getätigt. Am Steinkohlenaktienmarkt war Umsatz in Adler Kohle und Lothringen Bergbau bei einem Kursverlust von 1½ Prozent. Braunkohlenwerte blieben ebenfalls ohne Umsatz. Der Kalimarkt war gleichfalls fast geschäftslos. Umsatz fand u. a. in Alicenhall, Burbach und Volkenroda auf etwa letzter Preisgrundlage statt. Von Kaliaktien waren Kalindustrie und Krü erstall etwa 1 Prozent niedriger im Verkehr. Am Markt der unnotierten Werte wurden Urdinger Waggon 1 Prozent niedriger angeboten, ohne daß es jedoch zu Umsätzen kam.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich, 19. Dez. (Tel.)** Berlin 123,73½; Wien 73,10; Prag 15,34; Holland 209,40; Newyork 5,1785; London 25,27⅝; Paris 20,38½; Italien 28,10½; Brüssel 72,45; Kopenhagen 138,90; Stockholm 139,85; Oslo 137,80; Madrid 86,45.

tu **Amsterdam, 19. Dez. (Tel.)** London 12,07¼; Berlin 59,09; Paris 9,73½; Schweiz 47,75½; Wien 34,90; Kopenhagen 66,32; Stockholm 66,77½; Oslo 65,80; Newyork 2,4730; Brüssel 34,59; Madrid 41,26; Italien 13,40¼.

Warenmärkte.

Hamburger Warenmarkt.

tu **Hamburg, 19. Dez. (Tel.)** Kaffee: Brasilofferten waren überwiegend wieder etwas fester und vereinzelt um 6 d bis 1 Sh. höher. Der Terminmarkt eröffnete behauptet bei um etwa ½ Pfennig erhöhten Preisen. Im Verlaufe gaben dann die Kurse meist nach. — Kakao: Die Tendenz des Marktes ist stetig bis auf die Preise für accra good fermented loko neue Ernte, die ziemlich unregelmäßig sind. Accra good fermented loko 59, Bahia superior Jan.-Febr. 62, loko 67,6, Thomee superior loko 67; Dez.-Jan. 63, Trinidad Plantation loko 69—67, Dezember-Januar 66. — Reis: Die Marktlage blieb bei kleinem Geschäft unverändert. — Auslandszucker: Auf Basis unveränderter Preise blieb das Geschäft infolge abwartender Haltung ruhig. — Schmalz: Tendenz fest, Hamburger Schmalz 34,5 Dollar je 100 Kg. netto, sonst unverändert. — Getreide: Das Geschäft war trotz weiterer kleiner Befestigung der Tendenz nicht sonderlich umfangreich. Weizen 227 bis 235, Mais 167 bis 170, sonst unverändert. — Mehl: Tendenz ruhig. — Hülsenfrüchte: Das Geschäft ist nur sehr klein. Nach dem Inland fanden keine Umsätze statt, da der Konsum seinen Bedarf anscheinend fast vollständig gedeckt hat. — Futtermittel: Die Haltung des Marktes ist still, die Preise unverändert. — Öle und Fette: Der Markt lag ruhig, Preise unverändert. — Chemikalien: Der Markt lag ruhig bei unveränderten Preisen. — Paraffin und Wachs: Tendenz ruhig. Preise unverändert. — Montagschemikalien: Tendenz ruhig, Preise unverändert. — Montagsgewürze: Bei unveränderten Preisen war die Tendenz ruhig. Im Hinblick auf die Feiertage ist der Markt still.

Metallnotierungen.

tu **Berlin, 19. Dez. (Tel.)** Kupfer: Dezember Geld 121,25; Brief 122; Januar 121,75; Brief 122,25; Februar Geld 122; Brief 122,5; März Geld 122; Brief 122,5; April bezahlt 122,25; Geld 122,25; Brief 122,5; Mai bezahlt 122,25; Geld 122,25; Brief 122,5; Juni Geld 122,25; Brief 122,5; Juli Geld 122,25; Brief 122,5; August Geld 122,5; Brief 122,75; September Geld 122,5; Brief 122,75; Oktober Geld 122,5; Brief 122,75; November Geld 122,5; Brief 122,75; Tendenz: kaum stetig. Blei: Dezember Geld 44; Brief 44,75; Januar bezahlt 44,5; Geld 44,25; Brief 44,5; Februar Geld 44; Brief 44,5; März Geld 44,25; Brief 44,75; April Geld 44,25; Brief 44,75; Mai bezahlt 44,75; Geld 44,5; Brief 44,75; Juni Geld 44,5; Brief 44,75; Juli Geld 44,75; Brief 45; August Geld 44,75; Brief 45; September Geld 45; Brief 45,25; Oktober Geld 45; Brief 45; November Geld 45; Brief 45,25; Tendenz: kaum stetig. Zink: Dezember 52; Brief 53,75; Januar Geld 52,25; Brief 53; Februar 52; Geld 52,75; März Geld 52; Brief 52,5; April Geld 51,75; Brief 52,25; Juni Geld 51,5; Brief 52; Juli Geld 51,5; Brief 52; August Geld 51,25; Brief 52; September Geld 51,25; Brief 51,75; Oktober Geld 51,25; Brief 51,75; November Geld 51; Brief 51,75; Tendenz: still.

tu **Berlin, 19. Dez. (Tel.)** Elektrolytkupfer 134,75; Original Hüttenaluminium 210; desgl. Walz- oder Drahtbarren 214; Rein Nickel 350; Antimon Regulus 93½—100; Fein Silber 80—81.

tu **Hamburg, 19. Dez. (Tel.)** Silber, Brief 81,25, Geld 80,5; Zink, Brief 53,75, Geld 52,75. Terminnotierungen: Kupfer: Dezember Brief 123, Geld 122,25; Januar Brief 123,5, Geld 122,5; Februar Brief 123,5, Geld 123; März Brief 123,5, Geld 123; April Brief 123,5, Geld 123; Mai Brief 123,5, Geld 123; Juni Brief 123,75, Geld 123; Juli Brief 123,75, Geld 123,25; August Brief 124, Geld 123,25; September Brief 124, Geld 123,25; Oktober Brief 124, Geld 123,25; Oktober Brief 124, Geld 123,25; November Brief 124, Geld 123,75. Tendenz: ruhig. Zinn: Dezember Brief 540, Geld 537; Januar Brief 538, Geld 533; Februar Brief 536, Geld 531; März Brief 524, Geld 529; April Brief 532, Geld 528; Mai Brief 530, Geld 526. Tendenz: abgeschwächt.

tu **London, 19. Dez. (Tel.)** Schluß. Kupfer Standard per Kassa 59 5/16—59 7/16; dito per drei Monate 59 9/16—59¾; Elektrolytkupfer 66,25—66,75; Best Selected 65—66,25; Zinn Standard per Kassa 265—265,25; dito per drei Monate 262—262,25; Blei per Kassa 21⅞; dito per drei Monate 22 3/16; Zink per Kassa 26,25; dito per drei Monate 26; Silber per Kassa 26 11/16; dito per drei Monate 26 9/16; Gold 84,11⅛.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	19. 12	17. 12		19. 12	17. 12
Weizen Dez.	127⅛	128⅜	Hafer Dez.	52⅜	52¼
„ März	129⅜	128⅞	„ März	55	54⅝
„ Mai	131⅞	130⅝	„ Mai	56⅝	56⅜
Mais Dez.	85⅜	85	Roggen Dez.	104⅜	107¼
„ März	90	87⅞	„ März	103¼	107⅜
„ Mai	93¼	93	„ Mai	103⅜	109⅛
New-York	19. 12	17. 12.		19. 12	17. 12.
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
Dez.	—	—	Dez.	—	—

Lokopreise.

Chicago	19.12	17.12	New-York	19 12	17 12
Weizen Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—	Weizen Manitoba Nr. 1	132⅜	162
Hart. „ „ „	130	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	147	147⅛
Gemischter Nr. 2 „ „	—	—	Hart. „ „	143	143⅛
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu ant. Seite	23	99
Mais, gelb Nr. 2	90	89	Roggen, fr. f. o. b. N. Y.	123	122⅜
Hafer, weiß Nr. 2	58	57⅜	Gerste, Malting	101	100
Roggen, Nr. 2	—	—	Regl. Spring wheat clears	150	150
Gerste, Malting	83-91	83-92		675	775

Frachten:	19. 12	17. 12.
Fracht nach England	1,9—2,3	1,9—2,3
„ Kontinent	8—10	8—10

Anmerkung: Per 196 lbs. In Schilling und Pence per 480 lbs. In Dollarcents per 100 lbs.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen, 19. Dez. (Tel.)** Terminschlußkurse. Dezember 20,46 Brief, Geld nicht notiert. Januar 20,31—20,38; März 20,75; Mai 20,86—20,91; Juli 20,90—20,91; Oktober 20,26—20,34. Tendenz: stetig.

tu **Liverpool, 19. Dez. (Tel.)** Schluß Dezember 10,25, Januar 10,23, März 10,22; Mai 10,22; Juni 10,19; Oktober 9,91. Tendenz: stetig. Umsätze: 6000.

tu **Newyork, 19. Dez. (Tel.)** Schluß. Dezember 19,25; Januar 19,25; März 19,43—44; Mai 19,55—58; Juli 19,55—60; Oktober 19,03—05. Loko: 19,75. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans, 19. Dez. (Tel.)** Schluß Dezember 19,31 bis 19,33; Januar 19,30—19,32; März 19,50—19,54; Mai 19,58 bis 19,60; Juli 19,47—19,49; Oktober 18,88. Tendenz: stetig. Loko: 19,45.

Viehmärkte.

tu **Düsseldorf, 19. Dez. (Tel.)** Auftrieb: Großvieh: Ochsen 33, Bullen 21, Kühe 137, Färsen 20, Fresser 1, Kälber 469, Schafe 17, Schweine 3762. Marktverlauf: Gute Schweine belebt, mittlere und geringere langsam; Kälber und Bullen langsam, ausgesuchte Ochsen über Notiz. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Rinder: 1. Ochsen a1) 63—66, b1) 57—60, c) 50—55; 2. Bullen a) 56—59, b) 50—55; 3. Kühe a) 52—56, b) 44—50, c) 34—42, d) 20—30; 4. Färsen (Kalbinnen) a) 60—63, b) 50—56; 5. Kälber a) —, b) 76—85, c) 62—75, d) 45—58; 6. Schweine a) 60—67, b) 60—63, c) 60—64, d) 58—62, e) 55—60, f) 40—50, g) 50—54.

tu **Elberfeld, 19. Dez. (Tel.)** Auftrieb: Großvieh 673, Ochsen 224, Bullen 64, Kühe 247, Färsen 104, Fresser 34, Kälber 713, Schafe 5, Schweine 3633. Marktverlauf: Großvieh sehr langsam, mit Überstand; Kälber mittel. Schweine sehr langsam. Preise für 50 Kilo Lebendgewicht in RM.: Ochsen a1) 62—64; a2) —; b1) —; b2) 56—58; c) 48—52; d) —; Bullen a) 54—58; b) 48—52; c) 44—46; d) 58; c) 48—52; Bullen a) 51—58; b) 48—52; c) 41—46; Kühe a) 50—52; b) 40—48; c) 34—38; d) 20—30; Färsen a) 60—62; b) 54 80; d) 50—65; Schafe —; Schweine a) 60—62; b) 60—62; c) 58—60, d) 56—57; e) 52—55; f) 52—55; g) 48—54.

Handelsnachrichten.

Beamtenbanken. Am 17. Dezember hatten sich in Essen, unter dem Vorsitz des Obmanns der Arbeitsgemeinschaft der Beamtenbanken im Rhein.-Westf. Industriegebiet, Justiz-Inspektor Mertens, Essen, Vertreter der Beamtenbanken aus dem Gebiet von Köln bis Minden (Westf.) zu einer Tagung zusammengefunden. Der Deutsche Beamtengenossenschaftsverband in Berlin hatte hierzu den Generalrevisor Leonhardt entsandt. In reger und eingehender Aussprache wurde über die Zwecke und Ziele sowie über den weiteren Ausbau der Beamtengeldwirtschaft beraten. Insbesondere machte Generalrevisor Leonhardt belangreiche Ausführungen über das Beamtengenossenschaftswesen. Alle Vertreter waren grundsätzlich der Auffassung, daß die Zusammenfassung der westdeutschen Beamtenbanken zu einer Arbeitsgemeinschaft wünschenswert ist. Zur Ausarbeitung der Richtlinien wurde ein Ausschuß, bestehend aus je einem Vertreter der Beamtenbanken Minden (Westf.) Köln und Essen gewählt. Dieser Ausschuß soll der nächsten Sitzung Vorschläge über die endgültige Gründung der Arbeitsgemeinschaft machen. Nach Besprechung der Tagesordnung für die Sitzung des Beamtengenossenschaftsverbandes in Berlin fand eine ersprießliche Aussprache über verschiedene Fragen der Praxis statt. Zum Schluß wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Beamtengeldwirtschaft sich immer mehr festigt und auch immer größere Anerkennung in der Beamtenschaft findet.



Jagd- und Sportstiefel

Meine Spezialmarke

„Jägerstolz"

für die Jagd, Pirsch und Bergsport besonders empfohlen, ganz Lederfütter, mit Juchtenleder-Lederfutter, unbedingt wasserdicht, ein willkommenes

Weihnachtsgeschenk

für den sportliebenden Herrn

L. Gölfsinn

Spezialhaus Salzstraße 3 — Fernruf 2597

Hort von Ruf und Qualität

— Geschäftsgründung 1874 —

Statt Karten

Die Verlobung meiner Tochter Hilde mit dem Kaufmann Herrn Walther König gebe ich bekannt

Frau Emilie Kock

Borghorst

Meine Verlobung mit Fräulein Hilde Kock, Tochter des verstorbenen Fabrikbesitz. Herrn Franz Kock und seiner Gattin Emilie geb. Büning, zeige ich an

Walther König

Münster i. W.

Dezember 1927

j965n



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen ½3 Uhr unsern guten, treusorgenden Vater Schwiegervater und Großvater, Schwager und Onkel

Gutsbesitzer

Bernard Närmann

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Er starb infolge Altersschwäche, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, sanft und gottergeben im fast vollendeten 89 Lebensjahre

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen.

Drensteinfurt, Halle a. S., Freckenhorst, Ahlen, Aschenberg, Schönbach i. Schl., den 18. Dezember 1927.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch den 21. Dezember, morgens ½9 Uhr; gleich darauf das feierliche Levitenamt, wozu freundlichst eingeladen wird. t1005r

---

EMIL FRANK

ist seit Jahren als hervorragender Vertreter des westfälischen Heimatromans anerkannt. Seine Dichtungen verkörpern das Wesen westfälischer Volksart in bleibenden Typen.

Mit seiner letzten Erzählung betritt Emil Frank ein neues Gebiet:

Aus einer alten Residenz

160 Seiten. Halbleinen Mk. 2.—

Ein Buch voll Anmut und Spannung. Wir folgen dem Schicksal einer kleinen Residenz, innig verwoben mit dem seines Fürstenhauses. Die Schilderung vergegenwärtigt lebenswahr eine vergangene Zeit.

Früher erschienen:

Die Brookschulten

2. Auflage. 260 Seiten. Halbleinenband Mk. 2.40

„Der Roman gesellt sich würdig zu Immermanns „Oberhof", Josef Lauffs besten Heimatdichtungen, zu Frenssens „Jörn Uhl". . . . Es ist ein Genuß, sich in dieses schöne Buch zu vertiefen. *(Die schöne Literatur)*

Der Friede auf dem Lindhoff

269 Seiten. Halbleinenband Mk. 4.50

„Der Friede auf dem Lindhoff ist eines der Bücher, in denen eine heiße Heimatliebe mit großem Spürsinn allen Gängen und Entwicklungen, allen Eigenschaften und Konflikten nachzugehen versteht. Die spannende dramatische Handlung dieses Buches, verbunden mit der farbkräftigen Schilderung findet Anerkennung und lebhafte Zustimmung." *(Echo der Gegenwart)*

Durch jede Buchhandlung

Verlag Aschendorff, Münster i. W.

Ein wirklich

schönes PIANO

kaufen Sie bis Weihnachten zu Einführungs-Preisen billigst bei

M. HANEMANN

Fernruf 4596 — Breitegasse 2 — Reparaturen

Bequeme Ratenzahlung! Verlangen Sie Offerte

Auch Sonntags Verkauf t5863s

Unsere Büros und Schalter

sind am

Samstag, 24 Dez.

(heiliger Abend)

von 12 Uhr ab für den Verkehr mit dem Publikum 1945

geschlossen.

Münster, den 20. Dez 1927

Reichsbankstelle

Zu Weihnachten

empfehle ich f5538f

Adler-Nähmaschinen
Adler-Fahrräder
Adler-Schreibmaschinen
Adler-Grammophone
Marken-Jugendräder; außerdem
Gritzner und „Haid & Neu"-Nähmaschinen.

Teilzahlung:

Hermann Stuck,

Münster i. W. Tel. 1194 Spiekerhof 23

Gelegenheitskäufe

2 fabrikneue

Feurichflügel

wegen Aufgabe der Vertretung

700 Mk. unter Preis

abzugeben.

Domp's Pianohaus

Prinzipalmarkt 12

t939n

Billigste Preise — Neueste Formen



Ein passendes

Weihnachtsgeschenk

sind meine

Hüte, Mützen, Schirme, Cilinder oder Klapphüte

Diese finden Sie in größter Auswahl billigst im

Hut- und Pelz-Mode-Haus

Barella

jetzt Salzstraße 43-44

neben Café Schlichting t473xy

Nichtgefallendes wird nach dem Fest umgetauscht

Nur so lange Vorrat reicht!

4 Flaschen Weine Serie zusammen **Mk. 5**

1 ganze Fl. Rotwein
1 ganze Fl. Tarragona
1 ganze Fl. Weißwein
1 ganze Fl. Malaga

4 Flaschen Liköre nach Wahl Serie zusammen **Mk. 9.-**

Außerdem große Auswahl in

Rot- und Weißwein Weinbrand, Rum, Arrak

zu billigsten Preisen. 1580r

Jos. Homeyer

Wolbecker Straße Nr. 2

Elektr. Staubsauger „Bohnermaschine.

wöchentlich. Stunde 1.5 Mark t937gö

ritz Hausmann jun.

Windthorststr. 8



Passendes

Weihnachtsgeschenk!

Kanarienhähne

mit ersten u. Ehrenpreisen prämiiert, billig zu verk. i. a. Zuchthähne u. Zuchtweibchen. Bes. u. ausw. **Otto Stöveken**, Münster i. W., Beckumerstr. 31. Fernruf 837 *a

---

Im Orte in der Nähe von Rheine ist ein

Geschäftshaus

mit 7 Wohnräumen umständehalber zu vermieten. Geschäftshaus befind. sich an d. Hauptstraße, 1 Minute von d. Kirche. Offert. unter G H 5227 an Geschst. *

Steppdecken

ein praktisches

Weihnachts-Geschenk

Wir unterhalten hierin ein gut sortiertes Lager in **Halbwoll- und Schafwollfüllung.**

Daunendecken in wirklich guter Ausführung von Mark **65.00** an

Ferner empfehlen wir als **Geschenkartikel**: **Tischwäsche, Künstlerdecken, fertige Kissenbezüge, Bettdamast u. Damasthandtücher** in bekannt guter Qualität.

Pruss & Co.

Spezial-Bettengeschäft

Rothenburg 8 — t5906 — Telephon 2 69w

Am Weihnachtsabend um

7 Uhr

ist es zu spät, darum kaufen Sie Ihre Geschenke schon jetzt.

Angezahlte Gegenstände werden bis Weihnachten zurückgestellt.

Hut-, Pelz- u. Mode-Haus

Barella

Salzstr. 43-44 — Salzstr. 43-44

Ein

Weihnachtsgeschenk

von dauerndem Wert ist eine

Mercedes Modell 5

Sie ersparen sich viel Kopfzerbrechen, wenn Sie diese überall bevorzugte Schreibmaschine wählen, die auch bei Ihnen den Mittelpunkt des Gabentisches bilden wird.



MERCEDES-BÜROMASCHINEN-WERKE • ZELLA-MEHLIS i. THÜR.

Vertreter: **Heinrich Buschmann, Münster i. W.**

Drubbel 17/18

Leffmann

75 Ludgeristraße 75

Korsett-Spezial-Abteilung

Korsetts
Hüfthalter
Büstenhalter

Täglich Neuheiten

Anfertigung nach Maß

t809m

Rheila Perlen

Stündlich 1-2 schützen Dich vor Husten und Erkältung

Schacht. Mk. 1.- nur in Apotheken u. Drogerien

Für den Weihnachtstisch empfehlen wir

Die Schönheit der niedersächsischen Landschaft

mit 95 Originalaufnahmen des Verfassers von

Hermann Reichling

Münster in Westfalen

Mit einem Vorwort von **Dr. R. Predeek**

120 Seiten 1927 Gebunden in Ganzleinen 6.— Mk.

Mit der Herausgabe dieses prächtigen Bilder-Werkes will der auf dem Gebiete der Naturphotographie und des Naturschutzes weit über die Grenzen Westfalens hinaus bekannte Autor nicht nur alle Heimat- und Naturfreunde, sondern überhaupt die weitesten Kreise auf die erhabenen Naturschönheiten unseres immer noch so sehr verkannten Niedersachsenlandes aufmerksam machen, und damit für den Schutz der heimischen Landschaft, für den Naturschutzgedanken werben.

Jede Buchhandlung liefert

Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. W



Wer in treuer Pflichterfüllung



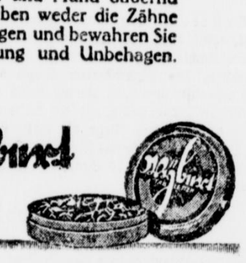
trotz Regen und Schnee, tückischem Nebel und eisiger Kälte seiner Arbeit Tag für Tag nachgehen muß,

wer unter allen Umständen auf seinem Posten ausharren muß, darf nie vergessen, daß die Gesundheit sein höchstes Gut ist.

Einige Wybert-Tabletten im Munde schützen den Rachen vor Erkältung und Infektion und wirken wie Balsam auf die Atmungsorgane.

Wybert-Tabletten stillen den Durst, halten Kehle und Mund dauernd frisch, verderben weder die Zähne noch den Magen und bewahren Sie vor Ansteckung und Unbehagen.

Wybert



1 Mark in Apotheken und Drogerien

Unwiderruflich

nur noch einige Tage!

BEN HUR

mit Ramon Novarro Regie Fred Niblo

Der Welt gewaltigster Film!



Verstärktes Orchester! — Keine erhöhten Preise!

Schauburg

Münster i. W. — Am Servatiiplatz

Großer

Räumungs-Ausverkauf

ab Lager Steinfurterstr. 42 Verkaufsdepot Schuppen 6

Herde, Öfen, Waschmaschinen, Zink-, Emaille-, Aluminium- und sämtl. Haus- u. Küchengeräte spottbillig zu verkaufen. Vorm. 9—5 Uhr nachm.

Prächtige

Holz-Kronleuchter

f5772gm

reichgeschnitzt und einfach in allen Holzarten.

Werkstatt für Holzkunst

Werkstätten, Lager und Verkauf Königstraße 9 (Garten von 9—12½ Uhr und 3—6½ Uhr.

Alle praktischen Geschenke bereiten Freude.

Wir finden das Richtige in meinen reichhaltigen

Herrenwäsche-Abteilungen.

Vollständige in sämtlichen Größen und feinen Qualitäten.

Oberhemden,
Unterhemden,
Trikolin-Hemden.

Kragen in allen Modeformen.
Modernen Herren-Unterwäsche.
Hosenträger. Leder-Hosenträger.
Taschentücher. Wollen. Socken.

Ihr Vorteil Ihre Ersparnis

t696ä